

# Landtag des Saarlandes

## 16. Wahlperiode



PI. 16/3  
24.05.17

### 3. Sitzung

am 24. Mai 2017, 09.00 Uhr, im Gebäude des  
Landtages

Beginn: 09.04 Uhr  
Ende: 12.10 Uhr

#### **PRÄSIDIUM:**

Präsident Meiser (CDU)  
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)  
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)  
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)  
Erste Schriftführerin Berg (SPD)  
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)  
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

#### **REGIERUNG:**

Ministerpräsidentin, auch zuständig für die Bereiche  
Wissenschaft, Forschung und Technologie,  
Kramp-Karrenbauer (CDU)  
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr  
Rehlinger (SPD)  
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der  
Justiz Toscani (CDU)  
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)  
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
Bachmann  
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)  
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)

Gedenken an die Opfer des Terroranschlags von Manchester .....	13		
Begrüßung einer Zuhörergruppe .....	13		
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung .....	13		
<b>1. Verpflichtung von Abgeordneten .....</b>	<b>13</b>		
<b>2. Erste und Zweite Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes (Drucksache 16/12) .....</b>	<b>13</b>		
Abg. Dörr (AfD).....	13		
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung ..	14		
Aufhebung der Beratungsfrist zur Zweiten Lesung .....	14		
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung .....	14		
<b>3. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 16/13) .....</b>	<b>14</b>		
Abstimmung, Annahme des Antrages .....	14		
<b>4. Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 6 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes .....</b>	<b>14</b>		
Abg. Ries (SPD).....	14		
Abg. Heinrich (CDU).....	15		
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	15		
<b>5. Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 6 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes .....</b>	<b>15</b>		
Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion auf Einzelwahl der Schriftführerinnen und Schriftführer, Ablehnung des Antrages .....	15		
		<b>6. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung der Mitgliederzahl der Ausschüsse gemäß Artikel 77 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes und § 10 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 16/14) .....</b>	<b>15</b>
		Abstimmung, Annahme des Antrages .....	15
		<b>7. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 16/16 - neu) .....</b>	<b>15</b>
		Abstimmung, Annahme des Antrages .....	16
		<b>Abgabe einer Regierungserklärung durch die Ministerpräsidentin zum Thema „Für die Zukunft unseres Landes. Solide wirtschaften - mutig gestalten - mehr investieren“.....</b>	<b>16</b>
		Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.....	16
		Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	27
		Abg. Hans (CDU).....	30
		Abg. Dörr (AfD).....	34
		Abg. Pauluhn (SPD).....	36
		Ministerin Rehlinger.....	39
		<b>Präsident Meiser:</b>	
		Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die dritte Landtagsitzung. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch Sie, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, sich von Ihren Plätzen zu erheben.	
		(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)	
		Wir gedenken der Opfer des unmenschlichen Terroranschlags von Manchester. Wir bekunden unser Mitgefühl und unsere Solidarität mit den Opfern und	

**(Präsident Meiser)**

ihren Angehörigen und unserem Nachbarland Großbritannien insgesamt. - Ich danke Ihnen.

Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit sind heute Mitglieder des Inner Wheel Clubs Saar unter der Leitung von Frau Barbara Barthuff bei uns zu Gast. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner dritten Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt. Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat mit Schreiben vom 22. Mai 2017 mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, in der heutigen Landtagssitzung eine Regierungserklärung zu dem Thema „Für die Zukunft unseres Landes. Solide wirtschaften - mutig gestalten - mehr investieren.“ abzugeben.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

**Verpflichtung von Abgeordneten**

Am 17. Mai 2017 haben Frau Abgeordnete Monika Bachmann und Herr Abgeordneter Roland Theis mitgeteilt, dass sie mit sofortiger Wirkung auf die Ausübung ihrer Mandate im saarländischen Landtag verzichten.

Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 17. Mai 2017 mitgeteilt, dass gemäß § 42 des Landtagswahlgesetzes für die ausgeschiedene Abgeordnete Monika Bachmann Herr Frank Wagner, Merzig, als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands im Wahlkreis Saarlouis in den Landtag des Saarlandes eintritt und für den ausgeschiedenen Abgeordneten Roland Theis Herr Volker Oberhausen, Homburg, als Listennachfolger auf dem Landeswahlvorschlag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in den Landtag des Saarlandes eintritt.

Die Genannten haben ihr Mandat angenommen. Erhebt sich gegen die Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte die neuen Mitglieder des Landtages, zu mir heraufzukommen, damit ich sie gemeinsam verpflichten kann.

Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer bitte ich, sich zur Verpflichtung der Abgeordneten von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Abgeordneter Volker Oberhausen, Herr Abgeordneter Frank Wagner, ich verpflichte Sie hiermit auf die gewissenhafte Ausübung der sich aus Ihrem

Mandat ergebenden Pflichten. - Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**Erste und Zweite Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes (Drucksache 16/12)**

Sehr geehrte Damen und Herren, dem Wunsch der Fraktionen, das vorliegende Gesetz zu begründen, komme ich gerne nach. Das Gesetz regelt drei Sachverhalte.

Erstens. In der Praxis hat sich herausgestellt, dass das Amt des vorläufigen Schriftführers öfter benötigt wird, als das Gesetz es bisher vorsieht. Dem wollen wir Rechnung tragen und die vorläufigen Schriftführer so lange im Amt lassen, bis die eigentlichen gewählt sind.

Zweitens. Die Schriftführer sind Gegenstand einer weiteren Änderung. Künftig wird der Gesetzeswortlaut bezüglich der Zahl der Schriftführer offener gehalten, um nicht zu Beginn jeder neuen Wahlperiode das Gesetz ändern zu müssen. Das Parlament entscheidet dann in Zukunft zu Beginn der neuen Legislaturperiode über die Anzahl der Schriftführer.

Die vorgeschlagene dritte Änderung, die Vizepräsidenten betreffend, soll sicherstellen, dass die Opposition, insoweit repräsentiert durch die größte Oppositionsfraktion, in jedem Fall einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin stellt. Angesichts dieser praktischen Regelung darf ich Sie ganz herzlich um Ihre Zustimmung bitten.

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr für die AfD.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat diesen Gesetzentwurf mit eingebracht. Wir haben ja noch nicht so viel Erfahrung hier und können nicht abschätzen, ob ein dritter Vizepräsident nötig ist oder nicht. Aber die Argumente haben uns so weit überzeugt. Deshalb haben wir im Gesamtverbund mit all den anderen Dingen, die, wie es uns scheint, eine Oppositionsarbeit für uns ermöglichen, dieses Gesetz eingebracht und wir werden auch zustimmen.

**Präsident Meiser:**

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

(Präsident Meiser)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 16/12 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/12 in Erster Lesung einstimmig angenommen ist.

In der heutigen Sitzung soll auch die Zweite Lesung durchgeführt werden. Nach § 33 Abs. 3 der Geschäftsordnung dürfen die zur Verabschiedung einer Gesetzesvorlage erforderlichen Lesungen nicht in einer Sitzung und nicht am selben Tag stattfinden. Abweichungen von dieser Vorschrift kann der Landtag gemäß § 57 Landtagsgesetz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten im Einzelfall beschließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass in der heutigen Sitzung die Zweite Lesung des Gesetzentwurfs durchgeführt wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht ist und der Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung in Zweiter Lesung beraten wird.

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/12. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/12 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 16/13)**

Zur Begründung verweise ich auf die Drucksache 16/13, wonach die vorgeschlagene Neuordnung der Ausschüsse den Geschäftsbereichen der Landesregierung angepasst wird.

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 16/13 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/13 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 6 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes**

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich auf das jeweilige Vorschlagsrecht für die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE verständigt.

Für die SPD-Fraktion ist Frau Abgeordnete Isolde Ries als Erste Vizepräsidentin vorgeschlagen. Als Zweiter Vizepräsident ist für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Günter Heinrich vorgeschlagen und für die DIE LINKE-Fraktion ist Frau Abgeordnete Barbara Spaniol als Dritte Vizepräsidentin vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge oder wird zu einem Vorschlag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Wahl. Nach § 41 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes kann die Wahl durch Handaufheben erfolgen, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Erhebt sich gegen die Wahl durch Handaufheben Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen somit zur Wahl der Ersten Vizepräsidentin. Wer für die Wahl der Abgeordneten Isolde Ries zur Ersten Vizepräsidentin ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Frau Abgeordnete Isolde Ries einstimmig - mit den Stimmen aller Fraktionen - zur Ersten Vizepräsidentin gewählt ist.

(Beifall des Hauses.)

Frau Abgeordnete Ries, nehmen Sie die Wahl zur Ersten Vizepräsidentin an?

**Abg. Ries (SPD):**

Ich nehme die Wahl an. Vielen Dank.

**Präsident Meiser:**

Dann darf Ich Ihnen zur Wahl zur Ersten Vizepräsidentin herzlich gratulieren.

(Beifall.)

Wir kommen zur Wahl des Zweiten Vizepräsidenten. Wer für die Wahl des Herrn Abgeordneten Günter Heinrich zum Zweiten Vizepräsidenten ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Herr Abgeordneter Günter Heinrich einstimmig - mit den Stimmen aller Fraktionen - zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt ist. Herr Abgeordneter Günter

**(Präsident Meiser)**

Heinrich, nehmen Sie die Wahl zum Zweiten Vizepräsidenten an?

**Abg. Heinrich (CDU):**

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Meiser:**

Dann darf ich Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzlich gratulieren.

Wir kommen zur Wahl der Dritten Vizepräsidentin. Wer für die Wahl der Frau Abgeordneten Barbara Spaniol zur Dritten Vizepräsidentin ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Frau Abgeordnete Barbara Spaniol einstimmig - mit den Stimmen aller Fraktionen - zur Dritten Vizepräsidentin gewählt ist. Ich darf auch Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl zur Dritten Vizepräsidentin an?

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Meiser:**

Dann darf Ich auch Ihnen im Namen des Hauses herzlich gratulieren. Es wird eine Freude sein, mit diesen Präsidenten zusammenzuarbeiten.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

**Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 6 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes**

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich auf das Vorschlagsrecht für die drei Schriftführer verständigt. Wir kommen zur Wahl. Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, die Schriftführer einzeln zu wählen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen gestimmt haben die Regierungsfractionen und die AfD-Fraktion.

Damit wird über die drei Schriftführer gemeinsam gemäß § 41 Abs. 3 des Landtagsgesetzes abgestimmt. Nach § 41 Abs. 1 des Gesetzes über den Landtag kann die Wahl durch Handaufheben erfolgen, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Erhebt

sich gegen die Wahl durch Handaufheben Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Wer für die Wahl von Frau Abgeordneter Petra Berg zur Ersten Schriftführerin, von Herrn Stefan Thielen zum Zweiten Schriftführer und von Herrn Rudolf Müller zum Dritten Schriftführer ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Frau Abgeordnete Petra Berg zur Ersten Schriftführerin, Herr Abgeordneter Stefan Thielen zum Zweiten Schriftführer und Herr Abgeordneter Rudolf Müller zum Dritten Schriftführer gewählt sind. Ich spreche Ihnen im Namen des Hauses die herzlichsten Glückwünsche aus.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung der Mitgliederzahl der Ausschüsse gemäß Artikel 77 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes und § 10 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 16/14)**

Hierbei geht es neben der Festlegung der Mitgliederzahlen in den Ausschüssen auch um die Aufteilung der Mitglieder der Ausschüsse auf die vier Fraktionen. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 16/14 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/14 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 16/16 - neu)**

Den Antrag finden Sie als Drucksache 16/16 - neu - auf Ihren Plätzen vor. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 16/16 - neu - ist, den bitte

**(Präsident Meiser)**

ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/16 - neu - einstimmig angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erteile nun Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Ich darf vorab noch einige Hinweise geben.

Wir haben uns auf ein Redezeitmodul verständigt, das konkret besagt, wie viel Redezeit jeder Fraktion zur Verfügung steht. Dieses Redezeitmodul ergibt für die CDU-Fraktion 24 Minuten, für die SPD-Fraktion 20 Minuten, für die DIE LINKE-Fraktion 16 Minuten, für die AfD-Fraktion 8 Minuten sowie für die Landesregierung 20 Minuten. Dies ergibt eine Gesamtdauer von 1 Stunde und 28 Minuten. Die Landesregierung trägt diese Vereinbarung freiwillig mit. Wenn die Landesregierung ihre Redezeit überschreitet, kann jede Fraktion die überschrittene Redezeit für sich beanspruchen.

Dann darf ich jetzt der Frau Ministerpräsidentin das Wort erteilen zur Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema

**„Für die Zukunft unseres Landes. Solide wirtschaften - mutig gestalten - mehr investieren.“**

**Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer! Bei der Landtagswahl am 26. März haben mehr als 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler und fast 50 Prozent aller Wahlberechtigten den beiden Koalitionsparteien der vergangenen Wahlperiode ihre Stimme gegeben. Das waren in Bezug auf die Wählerinnen und Wähler rund 5 Prozent und in Bezug auf die Wahlberechtigten rund 10 Prozent mehr als im Jahr 2012.

Von daher können wir feststellen: Diese Wahl war ein klares Votum für den Erfolg der bisherigen Regierung und für die Fortsetzung der Großen Koalition im Saarland. Sie war ein klares Votum für die Fortsetzung einer Politik der Vernunft. Und sie war gleichzeitig ein Votum für den Einstieg in das Jahrzehnt der Zukunftsgestaltung und der Investitionen.

In den vergangenen Jahren war die Politik der konsequenten Haushaltssanierung beileibe nicht immer einfach, weder für uns als Regierung noch für Sie als sie tragende Regierungsfractionen, die harte Entscheidungen treffen mussten, und auch nicht für die Bürgerinnen und Bürger, die von diesen Entscheidungen betroffen waren. Aber wir haben stets

gesagt, was unser Ziel ist, wie wir dies konkret und mit vielen Akteuren erreichen wollen. Es ging um nichts Geringeres als um die Eigenständigkeit unseres Landes und um die Schaffung von Gestaltungsspielraum für die Zeit nach 2020.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf angesichts des erfolgreich verlaufenden Sanierungskurses und der Einigung im Bund-Länder-Finanzausgleich sagen: Wir, die Große Koalition, haben Wort gehalten, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Damit zeigt sich: Auch in Zeiten tief greifender Umbrüche und wachsender Verunsicherungen kann eine seriöse Politik der politischen und ökonomischen Vernunft von den Wählerinnen und Wählern honoriert werden, dies vor allem dann, wenn eine Regierung um Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit bemüht ist, so wie wir es in den vergangenen fünf Jahren praktiziert haben. Wir fühlen uns darin bestärkt, diesen unseren saarländischen Weg fortzusetzen.

Dazu gehört auch eine streitbare Opposition in einem lebhaften Parlament. Ich wünsche mir eine Opposition, die mit uns engagiert und leidenschaftlich um die richtigen Entscheidungen für dieses Land ringt, denn auf diese Art kann auch eine parlamentarische Opposition die Qualität der Regierungsarbeit ebenso wie das Niveau der Debattenkultur im Landtag mitbestimmen.

Und genau wie vor fünf Jahren sage ich Ihnen an dieser Stelle zu: Die Regierungskoalition wird mit ihrer mehr als Zwei-Drittel-Mehrheit verantwortungsvoll umgehen und allen Mitgliedern dieses Hauses mit Fairness und Anstand begegnen. Das gebietet allein schon der Respekt vor allen Wählerinnen und Wählern, für die wir als Regierung ausnahmslos die Verantwortung zu tragen haben.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Regierungserklärung nach der Landtagswahl 2012 habe ich die wesentlichen Ziele und Vorhaben der damaligen Landesregierung dem Landtag vorgestellt. Ich nannte damals als Hauptpunkte die Sanierung des Landeshaushaltes mit dem sukzessiven Abbau des jährlichen Haushaltsdefizits, den Umbau der Landesverwaltung in enger Partnerschaft mit den Gewerkschaften, das Ziel erfolgreicher Verhandlungen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, den Ausbau der Forschungslandschaft und die Finanzierung der Hochschulen sowie schließlich die Ertüchtigung unserer Saarwirtschaft für den Eintritt ins digitale Zeitalter.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass es damals Stimmen hier im Hause gab, die sicher prognostizierten, „dass in Ihrer Regierung erhebliche Konstruktionsfehler eingebaut sind und dass Sie mit Si-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

cherheit - das können Sie in fünf Jahren zitieren - die zentralen Ziele Ihrer Regierungsarbeit verfehlen werden“. Ich komme dem damals geäußerten Wunsch des Kollegen Lafontaine gerne nach und kann festhalten, dass wir entgegen Ihrer Prognosen, Herr Kollege Lafontaine, die zentralen Ziele von damals erreicht haben.

Wir haben das Kernvorhaben - die Sanierung des Landeshaushaltes - von dem besagter Redner behauptete, wir würden dies „mit absoluter Sicherheit“ verfehlen, erfolgreich umgesetzt, so wie es der Sanierungspfad vorsieht.

Wir haben, und zwar ganz ohne Vermögenssteuer, die Neuverschuldung seit 2012 um 78 Prozent abgebaut, indem wir pro Jahr Konsolidierungsbeiträge von mehr als 65 Millionen Euro realisiert haben.

Wir haben als Landesregierung einen wesentlichen Beitrag - wenn nicht sogar d e n wesentlichen Beitrag - zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geleistet mit einem außerordentlich positiven Ergebnis für unser Land.

Wir haben in Abstimmung mit den Hochschulen deren Finanzierung in einer für das Land sehr schwierigen Finanzphase auf eine solide Grundlage gestellt. Wir haben unsere Forschungslandschaft deutlich ausgebaut und ihr Profil erkennbar geschärft. Ich nenne nur das CISP, das nun das neue Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit werden wird.

Wir blicken heute auf eine leistungsstarke Saarländische Wirtschaft mit einem Höchststand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

All dies haben wir geschafft trotz eines nicht vorhersehbaren Zustroms an Flüchtlingen, der große Teile unserer Gesellschaft, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und die Verwaltungen in den Kommunen und des Landes bis aufs Äußerste forderte, den wir aber wie kaum ein anderes Bundesland in herausragender Weise bewältigt haben. Dafür gilt der Dank allen Saarländerinnen und Saarländern. Dies ist das Ergebnis einer gemeinsamen Kraftanstrengung von vielen in diesem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Leistungen der vergangenen Legislaturperiode haben wir eine solide Grundlage gelegt für die Arbeit der kommenden Jahre. Für die Zukunft unseres Landes werden wir weiterhin solide wirtschaften. Wir werden mutig gestalten. Wir werden mehr investieren, weil wir wieder mehr investieren können.

Die erste Hälfte dieser Legislaturperiode wird den Abschluss unseres Konsolidierungsjahrzehnts beschreiben. Bevor wir das Ziel eines nachhaltigen Haushalts erreichen, liegen mit 2018 und 2019 noch zwei schwierige Jahre vor uns. Dazu ist es zwingend

erforderlich, dass die Landesregierung an dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs festhält und die Haushaltsstrukturen weiter verbessert. Die bisherigen Beschlüsse stehen deshalb grundsätzlich nicht zur Debatte.

Gleichzeitig haben wir aber im Rahmen der Koalitionsverhandlungen festgestellt, wo es Anpassungsbedarf gibt. Dies gilt insbesondere für den Umfang des Personalabbaus. Wir dürfen heute feststellen, dass sich der Bevölkerungsrückgang im Saarland zumindest verlangsamt hat. Infolgedessen ist der Personalbedarf in manchen Bereichen weniger stark gesunken als vor fünf Jahren prognostiziert. Ich spreche dabei insbesondere den Bildungsbereich an. Außerdem sind neue Aufgaben hinzugekommen. So sind etwa die Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit stark gestiegen. Ich erinnere außerdem an das Bundesteilhabegesetz, das auch wir im Saarland selbstverständlich umsetzen werden.

Ich stelle schließlich fest, dass wir uns auf die „Investitionsoffensive Saar“ auch personell vorbereiten müssen, denn wir wollen die Investitionsausgaben ab dem Jahr 2020 deutlich anheben - um etwa 50 Millionen Euro allein von 2019 auf 2020. Das ist der Start für die „Investitionsoffensive Saar“ mit rund einer Milliarde Euro zusätzlich von 2020 bis 2030. Dazu fassen wir Zuständigkeiten im neuen Innen- und Bauministerium zusammen, damit durch reibungslose Abläufe schnell sichtbare Ergebnisse erzielt werden. Die Personalisierung werden wir in den verschiedenen Bereichen anpassen. Dies gilt ausdrücklich für die Bereiche Hochbau, Straßenbau, Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie die Städtebauförderung.

In der Summe bedeutet dies, dass wir den ursprünglich geplanten Personalabbau von 2.400 Stellen aus heutiger Sicht um rund 400 Stellen absenken und auf 2.000 festlegen. Dabei behalten wir uns vor, auch in den kommenden Jahren angemessen und mit Augenmaß auf unerwartete Entwicklungen zu reagieren. Wir werden auch mit dem aktualisierten Einsparziel darauf hinwirken, dass die Personaldichte im öffentlichen Dienst im Saarland nicht über dem Durchschnitt vergleichbarer west-deutscher Flächenländer liegt. Diese Aufgabe kann aber nicht alleine das Land lösen, auch die Kommunen müssen hierzu ihren Beitrag leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ebenso bleibt die Stärkung der Einnahmeseite für uns auf der Agenda. Insbesondere muss der Staat die ihm zustehenden Steuereinnahmen auch realisieren können. Wir werden deswegen alle geeigneten Maßnahmen der Steuerpolitik unterstützen, mit denen Steuerhinterziehung bekämpft und problematische und fragwürdige Steuervermeidungsstrategien begrenzt werden können.

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

Es versteht sich von selbst, dass wir weiterhin an der Optimierung von Verwaltungsstrukturen arbeiten und die dazu notwendige Aufgabenkritik betreiben werden. Es ist und bleibt eine wichtige Aufgabe, in der gesamten Landesverwaltung unnötige bürokratische Hürden abzubauen und durch Digitalisierung in geeigneten Bereichen Potenziale zur Effizienzsteigerung zu erschließen. All dies werden wir noch in diesem Jahr in das Sanierungsprogramm einarbeiten, das wir mit dem Stabilitätsrat voraussichtlich bis 2020 verlängern werden. Die Verhandlungen darüber werden beginnen, sobald Bundestag und Bundesrat der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen voraussichtlich am 01. und 02. Juni zugestimmt haben.

Bis 2019 werden wir außerdem die Ausgestaltung der Schuldenbremse in Landesrecht umsetzen. Die verfassungsrechtliche Grundlage ergibt sich aus Art. 109 Abs. 3 GG. Diese Grundgesetzvorgabe, wonach die Länder ab dem Jahr 2020 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen, gilt unmittelbar auch für das Saarland. Das Grundgesetz lässt aber landesrechtliche Konkretisierungen, etwa im Bereich der Konjunkturbereinigungen oder bei Vorschlägen über das Vorgehen in Notfallsituationen, zu, und diese sollten wir auch für uns entsprechend festlegen und nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages natürlich schon jetzt und unmittelbar beginnen, wird insbesondere die zweite Hälfte der Legislaturperiode den Einstieg in das Gestaltungsjahrzehnt ab 2020 beschreiben. Von da an können wir mit zusätzlichen Einnahmen von 500 Millionen Euro jährlich, darunter die Sanierungshilfen von 400 Millionen Euro pro Jahr, rechnen. Dieser Betrag ist unabdingbar, damit wir erstens trotz der bestehenden Altlasten die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und eine Neuverschuldung vermeiden können. Wir werden zweitens in den notwendigen Schuldenabbau einsteigen, im Jahresdurchschnitt mindestens 80 Millionen Euro pro Jahr. Und vor allem werden wir, drittens, aus heutiger Sicht in einer Größenordnung von durchschnittlich 100 Millionen Euro pro Jahr die richtigen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes ergreifen können.

Unser Ziel ist es, was es und bleibt es, die Abhängigkeit des Saarlandes von besonderen bundesstaatlichen Hilfen allmählich zu reduzieren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir von einem Gestaltungsjahrzehnt sprechen, dann erwarten die Menschen im Land von uns mehr als die Nennung von Zahlen und Millionenbeträgen und mehr als nur Schlagworte wie Straßen- und Gebäudesanierungen, Wirtschaftsförderung, Forschung und

Entwicklung. Sie erwarten von uns, dass wir klarmachen und ein genaues Bild davon zeichnen, wie wir uns das Saarland am Ende des kommenden Jahrzehnts vorstellen. Und das trotz oder vielleicht auch wegen vieler offener Fragen und Unwägbarkeiten.

Wohin führt uns die digitale Revolution? Wir wissen: Strukturelle Wandlungsprozesse von vergleichbarer Dimension blieben in der Vergangenheit nie ohne tiefgreifende Umwälzungen. Das muss man uns Saarländerinnen und Saarländern eigentlich nicht erzählen. Seit den Sechzigerjahren haben wir es immer wieder am eigenen Leib erfahren. Heute haben wir den Strukturwandel weg vom einstigen, klassischen Montanrevier hin zur modernen Industrieregion heutiger Prägung bewältigt. Aber kaum, dass wir angekommen sind, gilt es erneut, wachsam zu sein und jedwede Anzeichen für neue Umwälzungen hochsensibel zu registrieren. Auf die Feststellung „Wir haben es geschafft!“ folgt ohne Punkt und Komma die Frage: „Was müssen wir weiter tun?“

Diese Frage stellen wir uns vor allem in Bezug auf die Automobilindustrie, die stärkste Säule unserer Saarindustrie. Was geschieht mit den Arbeitsplätzen, wenn sich die E-Mobilität durchsetzt? Was geschieht mit dem Handwerk und dem verarbeitenden Gewerbe, wenn individualisierte Massenproduktion per Mausclick und 3D-Drucker hergestellt wird - möglicherweise in entfernten Weltregionen? Was wird aus unserem Handel, aus unseren Einkaufszentren und unseren Innenstädten angesichts der Wachstumsraten im Onlinehandel?

Weitere Fragen stellen sich angesichts der internationalen Entwicklung. Was wird mit unserem derzeit wichtigsten Ausfuhrland Großbritannien nach dem Brexit? Drohen uns bei einem harten Brexit massive Exporteinbrüche? Was wird mit unserem zweitwichtigsten Handelspartner Frankreich? Ist die Wahl zum neuen französischen Staatspräsident wirklich der Auftakt in eine innenpolitische und wirtschaftspolitische Stabilisierung dieses so wichtigen Nachbarlandes?

Überhaupt haben wir allen Anlass, über die neuen protektionistischen Bestrebungen - von den Vereinigten Staaten bis hin nach Europa - besorgt zu sein. Als könne man auf diese Art der Globalisierung trotzen! Protektionismus wird die Weltwirtschaft auf Talfahrt führen und so auf Dauer nur Verlierer hervorbringen. Um im Zeitalter der Globalisierung zu bestehen, hilft letztlich nur eins: ein fairer Wettbewerb, dem wir uns mit Weltoffenheit und Qualität stellen; Weltoffenheit in der Kommunikation und Qualität in der Produktion. Damit bewahren wir unseren Wohlstand und bieten künftigen Generationen die Chancen, die sie brauchen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

Also wie soll unser Saarland aussehen für die, die in diesem Jahrzehnt geboren werden? Stellen wir uns ein Geschwisterpaar vor, das im Jahr 2012 geboren ist. Nennen wir sie Mia und Luca - das waren 2012 die am häufigsten vergebenen Namen im Saarland. Sie sind heute fünf Jahre alt und werden im nächsten Jahr eingeschult. Sie werden zu der Generation gehören, die nicht mehr mit der Hypothek von ungebremst wachsenden Schulden aufwachsen wird. Damit sind sie diejenigen, die für ihre Zukunftsgestaltung mehr Spielräume haben werden. Ein Ergebnis des neuen Bund-Länder-Finanzausgleichs und die Konkretisierung dessen, was wir unter Generationengerechtigkeit verstehen.

Die Eltern von Mia und Luca - so nehmen wir es an - waren bis zur Geburt der Kinder voll berufstätig mit guten Durchschnittsgehältern. Um die Abzahlungen für ihr neu gebautes Haus leisten zu können, war zunächst nur ein Kind geplant. Es wurden dann aber Zwillinge, was die Familie finanziell stark belastete. Denn die beiden Kita-Plätze kosteten zusammen über 600 Euro im Monat. Ohne die beiden Jobs in Vollbeschäftigung wäre die monatliche Abzahlung für das Haus aber kaum zu leisten gewesen.

Dieses Beispiel zeigt, wie schwer es junge Durchschnittsfamilien oftmals haben, wenn sie den Weg gehen, den man gemeinhin bei uns als den idealen auffasst: Eheschließung, Eigenheim und Kinder, denen man einen guten Start ins Leben bieten will. Wir, die Koalitionspartner, sind uns dieses Problems sehr wohl bewusst. Daher haben wir uns entschlossen, im Rahmen unserer Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen.

Um die Situation auf dem Immobilienmarkt ein Stück weit zu entspannen, werden wir den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau aufnehmen und mit einem landesspezifischen Wohnraumförderungsgesetz den Wohnungsneu- und -umbau sowohl für Eigentümer als auch für Investoren wieder attraktiver machen. Dies wird sich dann - sozusagen vom unteren Ende her - auch auf den allgemeinen Immobilienmarkt entlastend auswirken.

Gleichzeitig haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Gebühren für Kindertagesstätten und Kindergärten ab August 2019 schrittweise zu senken - um bis zu 25 Prozent zum Ende der Legislaturperiode. Wir wissen sehr wohl, dass wir damit noch längst nicht einen Idealzustand erreicht haben. Der Einstieg ist aber eine spürbare Entlastung junger Familien und den haben wir auf jeden Fall eingeleitet. Das ist ein gutes Signal an die Familien dieses Landes.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Schauen wir uns den Lebensweg von Mia und Luca weiter an. Bei ihrer Einschulung in die Grundschule können beide Eltern dank der Ganztagsbetreuung

und -angebote weiter in Vollzeit beschäftigt bleiben. Wichtig ist den Eltern und den Kindern die hohe Qualität des Nachmittagsangebotes.

Hierfür haben wir im Koalitionsvertrag nicht nur den weiteren Ausbau des gebundenen Ganztagsangebotes mit einem entsprechenden Landesinvestitionsprogramm festgeschrieben, sondern auch die in den Richtlinien vorgesehenen fünf Lehrerwochenstunden pro Gruppe im Nachmittagsbereich personalisiert. Für den Fall, dass es zu Schwierigkeiten mit der Personalisierung kommt, wird den Trägern vorübergehend der finanzielle Gegenwert zur Verfügung gestellt. Zur weiteren Qualitätssteigerung werden wir im Laufe der Legislaturperiode ein neues Modell für die Nachmittagsbetreuung in einer Arbeitsgruppe entwerfen lassen und hierfür auch weitere Lehrerwochenstunden und Finanzmittel zur Verfügung stellen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das sichert vor allen Dingen die Wahlfreiheit für die Eltern, sich das zu ihnen passende Lebens- und Betreuungsmodell aussuchen zu können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In der Schulklasse von Mia und Luca gibt es auch ein Kind, nennen wir es Paula, mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im Bereich Sprache, das dem gesamten Unterricht folgt, aber von einer Förderschullehrkraft besonders betreut wird. Es ist in den Klassenverband gut integriert und nimmt voll und ganz am sozialen Geschehen in der Klasse teil. Der Nachbarjunge Ben wird im nächsten Jahr jedoch eine Förderschule besuchen. Die Eltern hatten mit dem Einschulungsverfahren einen entsprechenden Antrag beim zuständigen Förderzentrum gestellt, das dann gegenüber der Schulaufsicht das Vorliegen der Voraussetzung für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannte und dementsprechend eine positive Empfehlung aussprach. Dem Elternwunsch konnte damit entsprochen werden.

Mit unserer Inklusionspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, verfolgen wir zum einen das Ziel, dem individuellen Kindeswohl bestmöglich gerecht zu werden. Zum andern geht es uns darum, den Eltern die größtmögliche Entscheidungsbefugnis zu gewähren. Dort, wo die inklusive Beschulung von den Eltern gewünscht ist, wollen wir sie möglichst intensiv durch Förderlehrkräfte flankieren. Wünschen die Eltern hingegen die Einschulung in eine Förderschule, so richten sie ihren Antrag künftig nicht mehr an die Schulaufsicht, sondern an die zuständige Förderschule beziehungsweise das zuständige Förderzentrum, das dann der Schulaufsicht eine Empfehlung vorlegt. Widerspricht die Schulaufsicht nicht binnen vier Wochen, so gilt die Empfehlung des Förderzentrums. Im Streitfall muss eine Clearingsitzung durchgeführt werden. Auf diese Art sichern wir den gleich-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

wertigen Bestand der Inklusion ins Regelschulsystem und des Förderschulsystems. Beides bleiben tragende Säulen unseres Förderwesens, Säulen, deren intensive Kooperation zugunsten einer bestmöglichen Förderung und größtmöglichen Durchlässigkeit wir forcieren wollen und forcieren werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Nach der Grundschule wechseln Mia und Luca auf eine weiterführende Schule. Luca wählt die Gemeinschaftsschule. Sein Talent, das hat er schon in der Grundschule gemerkt, liegt mehr auf dem praktischen Feld. Das Lernen fällt ihm weniger leicht und macht ihm vielleicht weniger Spaß als Mia. Dafür hatte er aber immer große Freude am Werkunterricht, den er in einer AG der Nachmittagsbetreuung besuchte. Mia hingegen hat den Schulstoff geradezu gierig aufgesogen. Sie geht auf ein Gymnasium mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Das Zwei-Säulen-System aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium, das den Schulfrieden in unserem Land sichert, werden wir beibehalten. Auf diese Weise halten wir ein breites Spektrum an Bildungsangeboten bereit, bei dem wir die gezielte Talentförderung in Orientierung an den individuellen Lernvoraussetzungen und Lernprozessen in den kommenden Jahren weiterentwickeln werden. Insbesondere werden wir eine Expertenkommission einrichten, die die Gemeinschaftsschulen und die Gymnasien anhand ihrer spezifischen Bildungsziele untersuchen wird. Gegenstand dieser Untersuchung sind Fragen des Schulfriedens, der Schulzufriedenheit, des Schulzugangs, der Schulzeit - ja, auch der Frage, ob das Abitur am Gymnasium in acht oder neun Jahren zu erreichen ist -, der Inhalte und der Qualität des Unterrichts, der Gestaltung der Oberstufe und des Abiturs ebenso wie der Vergleichbarkeit und Abgrenzung zu anderen Schulformen. Mia und Luca werden, egal ob sie eine Gemeinschaftsschule oder ein Gymnasium besuchen, beide vom Gesamtkonzept „Digitale Schule“ profitieren, das wir für unser Bildungssystem entwickeln und einführen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Mia und Luca haben letztendlich das Abitur geschafft. Luca hat sich zu einer Berufsausbildung entschieden. Er weiß zwar, dass ein Hochschulstudium oftmals noch als höherwertig betrachtet wird. Er hat aber auch gemerkt, dass bereits ein Umdenken im Gange ist, zumal einerseits nach dem Meistertitel noch alle Türen für ein Hochschulstudium offenstehen, andererseits aber auch qualifizierte Fachkräfte händeringend gebraucht werden und die Selbständigkeit eine vielversprechende Perspektive bietet. Hinzu kommt, dass die Meisterausbildung mit dem Meisterbonus mittlerweile vom Saarland finanziell unterstützt wird.

Von der Grundschule an bis zum Abitur hatte er Französisch als Unterrichtsfach, sodass er die sprachlichen Voraussetzungen mitbringt, einen Teil seiner Ausbildung in Frankreich zu absolvieren. Um später gute Berufsaussichten sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zu haben, bewirbt er sich für eine Ausbildung zum Mechatroniker bei der Firma Hager in Blieskastel, wo er auch Stationen seiner Ausbildung im französischen Obernai verbringen kann - und er wird angenommen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die konkrete Ausgestaltung und der konkrete Mehrwert unserer Frankreichstrategie, die wir konsequent fortführen, verbreitern und mit eigenen Haushaltsmitteln versehen werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Für uns sind akademische und Berufsausbildung gleichwertig. Deshalb werden wir mit dem Ausbau der bestehenden Stipendiensysteme und des Meister-Bafög und mit der Einführung einer speziellen Zuschussregelung unter dem Stichwort „Meisterbonus“ die Attraktivität der dualen Berufsausbildung steigern.

Schließlich werden wir daran arbeiten, dass grenzüberschreitende Berufsausbildungen verstärkt nachgefragt werden. Mit dem „Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen“ und mit der „Rahmenvereinbarung zur grenzüberschreitenden Berufsbildung in der Großregion“ haben wir die rechtlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen. In den kommenden Jahren müssen wir noch mehr dafür sorgen, dass hier endlich auch Fleisch an die Knochen kommt. Deutsche und französische Unternehmen unserer Region wie Globus, Michelin, Hager, Smart, Alléo, Möbel Martin oder die SaarLB sind hier schon seit mehreren Jahren aktiv. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Ansatz, der weit über die Frage der Gestaltung des Arbeitsmarktes unserer Region hinausgeht. Es ist unser ganz praktischer Beitrag dazu, wie wir eine der Geißeln des heutigen Europas, nämlich die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsstaaten, bekämpfen und beenden können. Damit können wir deutlich machen, dass Jugend in Europa eine gute Zukunft und eine gute Perspektive hat.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mia ihrerseits will Informatik studieren. Ihr Hauptinteresse lag eher auf dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig. Und mit Informatik und ihren Sprachkenntnissen, so ihre Hoffnung, müsste ihr die Welt offenstehen. Sie entscheidet sich für ein Studium in Saarbrücken - nicht wegen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern, sondern wegen des guten Rufes der dortigen Informatik und des internationalen Klimas mit den zahlreichen ausländischen Lehrkräften und Wissenschaftlern.

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

Uns ist bewusst, dass wir in den vergangenen Jahren unsere Hochschulen zu einem harten Sparkurs verpflichtet haben. Ich habe daraus nie einen Hehl gemacht. Umso mehr danke ich den Hochschulen für ihre außerordentlichen und - wie man sagen darf - auch erfolgreichen Anstrengungen im Bereich von Forschung und Lehre. Gerade erhielt die Universität des Saarlandes vom internationalen Hochschulranking „U-Multirank“ Bestnoten in den Bereichen Drittmittelstärke in der Forschung, wissenschaftliche Publikationen, Internationalität und Firmengründungen im Uni-Umfeld. Auch die HTW Saar konnte in den Bereichen Lehre, Internationalisierung sowie in den Kategorien Forschung, regionales Engagement und Drittmittelleinnahmen bei „U-Multirank“ punkten. Sie belegte zudem einen Spitzenplatz bei den Spin-offs und Gründungen.

Wir wissen, was wir an unseren Hochschulen haben. Wir wissen um die essenzielle Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Lehre in unserem Land. Wir wissen, dass, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, unsere Hochschulen immer an vorderster Stelle rangieren müssen.

Aus diesem Grund werden wir ab dem Jahr 2020 den Etat für unsere Hochschulen um 15 Millionen Euro erhöhen, eine Summe, die in den Folgejahren weiter dynamisch steigen wird. Der Hochschuletat macht gemeinsam mit der Senkung der Kita-Beiträge den größten Finanzblock in unserem Koalitionsvertrag aus. Daran sehen Sie, wie wichtig uns diese Investitionen sind. Darüber hinaus werden wir den Sanierungsstau an den Hochschulen systematisch und schrittweise abbauen und hierfür Campusentwicklungsplanungen für die Standorte Saarbrücken und Homburg der Universität des Saarlandes sowie Alt-Saarbrücken der HTW Saar in Auftrag geben. Die Hochschulen haben keine einfache Zeit hinter sich, aber sie haben eine umso bessere Zukunft vor sich. Dafür haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mia und Luca haben jetzt ihre Ausbildung abgeschlossen. Luca hat nach seiner Meisterprüfung als Mechatroniker ein Bachelorstudium in Systems Engineering an der Universität des Saarlandes und am Institut National Polytechnique de Lorraine in Nancy absolviert. Er hat danach, zunächst als Spin-off im Science Park der Uni, mit einem französischen Studienkollegen ein Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Automatisierungstechnik gegründet, das vor allem in Ostfrankreich und Südwestdeutschland 3D-Druck-Anlagen implementiert, repariert und wartet. Ohne die in der Meisterausbildung angeeigneten kaufmännischen und praktischen Grundkenntnisse hätte er diesen Schritt in die Selbstständigkeit niemals gewagt.

Mia hat einen hervorragenden Abschluss in Informatik gemacht und anschließend am Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit in Kooperation mit der Universität des Saarlandes promoviert. Finanziert wurde die Promotion von einem IT-Sicherheitsunternehmen, das sich im Umfeld des Helmholtz-Zentrums angesiedelt hat und zu dessen Kunden Big Player gehören. Im Anschluss an die Promotion hat sie dort auch eine feste Anstellung gefunden und betreut Kunden vor allem im lateinamerikanischen Raum. Ihre in der Schule unter anderem erworbenen Spanischkenntnisse haben sie hierfür geradezu prädestiniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, so könnte der Weg von Mia und Luca aussehen in einer Region, das auch in Zukunft die erfolgreiche und moderne Industrieregion im Herzen Europas sein soll. Wir als Landesregierung bekennen uns voll und ganz zum Industriestandort Saar. Das gilt in besonderem Maße für unsere Stahlindustrie, die wir mit ganzer Kraft unterstützen und gegen überzogene Umweltauflagen ebenso schützen wollen und werden wie gegen Dumpingkonkurrenz aus anderen Weltregionen. Es ist gut zu wissen, dass der saarländische Landtag geschlossen hinter diesem Ziel steht.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Um als Industriestandort auch in Zukunft erfolgreich zu sein, werden wir für die mittels der Studie „Saarlands Wirtschaft 2030“ in enger Abstimmung mit der „Strategie für Innovation und Technologie Saarland“ identifizierten Schlüsselbranchen und Wachstumsmärkte ein kohärentes und zukunftsorientiertes Standortkonzept entwickeln. Auf dieser Grundlage werden wir verstärkt um Ansiedlungen werben, Unternehmensgründungen sowie Betriebsübernahmen durch saarländische Firmen fördern.

Unser besonderer Fokus wird jedoch auf der Gestaltung des digitalen Wandels liegen. Wenige Regionen in Deutschland verfügen über eine Forschungsexzellenz im Bereich IT wie das Saarland. Unser DFKI und die beiden Max-Planck-Institute für Informatik sowie Softwaresysteme bewegen sich ganz vorne in der Weltspitze. Mit dem CISPA, dem Helmholtz-Zentrum, werden wir zu einem Player auf der Weltkarte der IT-Sicherheit. Dass dieses Thema immer wichtiger wird, haben wir kürzlich bei dem Hackerangriff mit der Erpressersoftware „WannaCry“ gesehen.

Folglich sind wir geradezu prädestiniert, den Wandel 4.0 mitanzuführen. Das gilt insbesondere für den gesamten Komplex der E-Mobilität und des autonomen Fahrens. Hierzu werden wir alle Kompetenzen im Saarland fokussieren und optimal vernetzen. Pilotprojekte wie das Testfeld Merzig und das Digitale

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

Testfeld Deutschland-Frankreich werden wir weiter aktiv fördern.

Im Dialog mit den Akteuren in Wirtschaft und Forschung werden wir insbesondere die mittelständischen Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen und vor allem auf diesem Feld für einen pulsierenden Technologietransfer sorgen. Die Untersuchungen und Erkenntnisse der Arbeitskammer haben ja heute belegt, dass gerade die saarländische Wirtschaft dem Thema Digitalisierung mehr als aufgeschlossen gegenübersteht. Hierzu wird auch die Netzwerkstelle „Digitalisierung in der Wirtschaft“ dienen.

Gleichzeitig wird die „Offensive Mittelstand 4.0“ im Wirtschaftsministerium das Kompetenzzentrum „Power4Production“ am Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik, ZeMA, weiterentwickeln sowie eine Digitalisierungsakademie für kleine und mittlere Unternehmen gründen.

Flankiert wird all das von einem forcierten Breitbandausbau. Bis 2018 - und wir haben gerade dieser Tage die Vereinbarung unterschrieben - werden die Deutsche Telekom, Innexio und VSE-Net insgesamt 50 Millionen Euro investieren, um die unterversorgten Gebiete mit Glasfasernetzen auszustatten und so flächendeckend eine Internet-Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde sicherzustellen. Das reicht uns aber nicht aus. Unser mittelfristiges Ziel ist der möglichst flächendeckende Zugang zu Gigabit-Netzen, die Download- und Upload-Geschwindigkeiten von 1.000 Megabits pro Sekunde bereitstellen. In einem ersten Schritt werden wir hierbei zunächst die besonderen Bedarfe von Unternehmen berücksichtigen und das Breitbandförderprogramm des Bundes für Gewerbegebiete mit Landesmitteln aufstocken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, die Frage der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in dem Ballungsraum und dem ländlichen Raum hängt nicht nur von den klassischen Verkehrs- und Gewerbestrukturansiedlungen ab, sondern hängt insbesondere auch ab von der zukünftigen Breitband- und Glasfaserversorgung. Deswegen ist dies eine echte Zukunftsinvestition nicht nur für den Ballungsraum, sondern auch und gerade für den ländlichen Raum in unserem Land.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Dass dazu alle Anstrengungen für die klassischen Rahmenbedingungen wie ausreichend Gewerbeansiedlungsflächen, attraktive und verlässliche Verkehrsverbindungen und ein gekonntes Standortmarketing kommen müssen, versteht sich von selbst. Das gehört zu den Daueraufgaben einer Landesregierung.

Eine solche, gut aufgestellte Wirtschaft - und das liegt uns genauso am Herzen, meine sehr geehrten Damen und Herren - wird und muss gute Arbeitsplätze bieten, vor alle durch eine erfolgreiche Partnerschaft und gesetzgeberisches Handeln dort, wo es notwendig ist. So haben wir im Saarland den Mindestlohn eingeführt, dessen Weiterentwicklung wir im Sinne einer Verbesserung des Status quo auf Bundesebene mittragen werden. So werden wir das Tariftreuegesetz dahingehend vorschreiben, dass die Höhe des vergabespezifischen Mindestlohns an den Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz gekoppelt und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages zur Bedingung gemacht wird. Und wir werden uns im Sinne der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit einsetzen, und zwar nicht nur, indem wir an die Unternehmen, die freie Wirtschaft appellieren, sondern indem wir mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir im öffentlichen Dienst und in den Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung den Entgelt-Check verpflichtend einführen werden. Auch das ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir sehen uns aber auch in der Verpflichtung für die, die keinen Anteil am Erwerbsprozess haben. Zuvorderst sehen wir hier die Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Deren Zahl wollen wir durch das erfolgreiche Landesprogramm „Arbeit für das Saarland“ als Ergänzung zu den gesetzlichen Fördermöglichkeiten weiter reduzieren. Mit der Neuaufstellung von ASaar wollen wir die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung degressiv fördern und die Beschäftigten mit ihren Familien durch Job-Coaching und individuelle Beratung bestmöglich unterstützen. Gleichzeitig beabsichtigen wir, mit dem saarländischen Beschäftigungspakt das Saarland zu einer Modellregion für den Passiv-Aktiv-Transfer zu machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird Zeit, dass wir in Deutschland bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit aus der Situation herauskommen, die Menschen nur von einem Programm, das zeitlich begrenzt ist, zum anderen zu beschäftigen. Wir wollen, dass die Menschen eine dauerhafte Perspektive haben. Wir brauchen für diese Gruppe eine andere Gestaltung des Arbeitsmarktes. Und wo könnte man das besser ins Werk setzen und ausprobieren als bei uns hier im Saarland? Darüber werden wir mit der Bundesregierung und mit dem Bundesarbeitsministerium zu sprechen haben. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir diese Gespräche führen werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

Um die Armutsgefährdung dieser und anderer Personengruppen zu mildern, werden wir zudem auf der Basis unserer Sozialberichterstattung unter Beteiligung der Mitglieder des Beirats zur Erstellung der Sozialstudie einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut entwickeln. Wir werden diesen Aktionsplan auch mit einem Fonds unterlegen, aus dem entsprechende Maßnahmen finanziert werden können. Darin werden wir mit einer ressortübergreifenden Strategie bestehende Maßnahmen untersuchen. Wir werden schauen, wo neue Handlungsbedarfe entstanden sind, und wir werden konkrete Verantwortlichkeiten, einen Zeitplan und Zielvereinbarungen festlegen, denn wir wollen, dass die Armutsbekämpfung zu realen und nachweisbaren Ergebnissen in diesem Land führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um auf Mia und Luca zurückzukommen: Sie wollen nicht nur in einem Land mit guter Wirtschaftsperspektive leben. Für sie wie für uns ist das Saarland mehr als nur ein Wirtschaftsstandort. Für sie wie für uns ist das Saarland emotionale Heimat, in der sie sich wohlfühlen und ihrerseits Familien gründen wollen. Einen ganz wesentlichen Anteil daran haben unsere Städte und Gemeinden und unsere Landkreise. Deshalb müssen wir unsere Kommunen auf Dauer wieder handlungsfähig machen. Neben der konsequenten Umsetzung des Kommunalpaktes zwischen der Landesregierung und den Kommunen sehen wir uns in der Pflicht, den Kommunen durch geeignete weitere Maßnahmen Hilfestellung zu leisten. So werden wir die Städte und Gemeinden an der Entlastung des Saarlandes infolge der neuen Bund-Länder-Finanzausgleichsregelungen fair und angemessen beteiligen. Die Projekte im Zusammenhang mit der Investitionsoffensive Saar werden wir auch den kommunalen Infrastrukturen zugutekommen lassen. Gleiches gilt für die Bundesfinanzhilfen zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur, die wir eins zu eins an die Kommunen weitergeben werden - dies, um nur einige wichtige Maßnahmen zu nennen.

Im Gegenzug - und das sage ich auch ganz deutlich - erwarten wir von den Städten und Gemeinden den verstärkten Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wird das Innenministerium binnen eines Jahres unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände einen Katalog möglicher Kooperationsfelder erarbeiten und Vorgaben zur Zusammenarbeit machen. Dabei wird die Kommunalaufsicht ermächtigt, anhand der Erhebung von Kennzahlen die Effizienz des Verwaltungshandelns einzelner Kommunen offenzulegen, mit anderen zu vergleichen und gegebenenfalls steuernd einzugreifen. An unserem Wunsch nach kommunalen Zusammenschlüssen auf freiwilliger Basis und nach entsprechenden Bürgerentscheiden halten wir ebenso fest wie an unserem Angebot, hierfür die notwendige finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre werden wir die Bemühungen der Kommunen auf ihre Erfolge hin anhand von Kennziffern untersuchen. Sollten diese Kennziffern unbefriedigend sein, schließen wir als Ultima Ratio eine Gebietsreform nicht aus. Darüber wird zwar erst in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden. Wir werden aber schon in dieser Legislaturperiode die rechtlichen Grundlagen schaffen, und zwar so, dass wir bei den anstehenden Wahlen und Besetzungen die Entstehung von Vertrauensschutztatbeständen ausschließen können. Es ist uns ernst mit der Umgestaltung der Städte und Gemeinden in unserem Land, denn nur sie führt dazu, dass wir auf Dauer lebensfähige Städte und Gemeinden haben, und nur lebensfähige Städte und Gemeinden sichern auf Dauer ein attraktives und lebensfähiges Bundesland.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem funktionierenden Staat und einem demokratischen Gemeinwesen gehört ein Maß an innerer Sicherheit und an Rechtssicherheit, welches das vertrauens- und friedvolle Zusammenleben der Menschen gewährleistet. Wir erleben es derzeit, dass der Glaube der Menschen, bestmöglich vor Kriminalität und Gewalt geschützt zu sein, durchaus erschüttert ist. Gerade der schreckliche Terroranschlag am gestrigen Tag in Manchester hat dies noch einmal bewiesen. Großbritannien gehört sicherlich zu den europäischen Staaten, die sehr strikte Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben, auch aus der Erfahrung der Terroranschläge der Vergangenheit. Großbritannien hat gestern Zeugnis dafür abgelegt, dass es die absolute Sicherheit in einer offenen Gesellschaft nicht geben kann und nicht geben wird. Trotzdem ist es unsere Verpflichtung, alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit die Menschen so sicher wie möglich leben können. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Kinder und Jugendlichen nicht durch Terroristen gefährdet werden, wie dies gestern in Manchester in einer absolut bestialischen Art und Weise geschehen ist. Unser Mitgefühl gehört heute vor allen Dingen den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden. Und unsere Verachtung gehört den feigen Mördern, die sich an Kindern und Jugendlichen vergreifen.

(Beifall.)

Unsere vermehrten Bemühungen um die innere Sicherheit - ich nenne etwa die Maßnahmen zur Stärkung der Polizei in der Fläche oder den Einsatz von speziellen Ermittlungsgruppen - haben im vergangenen Jahr bereits Früchte getragen. So konnte laut polizeilicher Kriminalstatistik die Zahl der Wohnungseinbrüche ebenso wie die Zahl der Straftaten gegen das Leben und die der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung signifikant zurückgeführt werden. Trotz dieser für das Jahr 2016 durchaus po-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

sitiven Bilanz müssen wir noch besser werden - das ist unser Ehrgeiz -, wenn wir das Vertrauen der Menschen in die Schutzfunktion des Staates nicht verlieren wollen. Aus diesem Grund werden wir die Polizei weiter personell verstärken. Die Einstellungszahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter werden wir so gestalten, dass unter Berücksichtigung des Abbaupfades und der absehbaren Ruhestandsversetzungen sowie sonstiger Abgänge und Ausfälle der Personalbestand ab dem Jahr 2021 stabil gehalten wird. Das System der Assistenzkräfte, also den polizeilichen Ordnungsdienst und die Ermittlungshelferinnen und -helfer, werden wir im Rahmen der Tarifbeschäftigung beibehalten und die Zeitverträge in unbefristete Beschäftigungen überführen. Dadurch können wir auch in Zukunft eine ausreichende Polizeipräsenz in der Fläche nach dem Grundsatz „in jeder Kommune ein Polizeistandort“ gewährleisten, und zwar indem wir ein intelligentes Personalmanagement innerhalb der Polizei betreiben.

Analog zur Personalentwicklung bei der Polizei werden wir auch im Justizdienst den geplanten Stellenabbaupfad einer kritischen Überprüfung unterziehen und dort, wo es sich als erforderlich erweist, hiervon abweichen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das sind Zukunftsinvestitionen für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Verbessern werden wir auch die Ausstattung der Polizei im Bereich der Schutzausstattung, der Mobilität und der Informationstechnik. Gleichzeitig werden wir eine Reihe von rechtlichen Änderungen vornehmen, die den verstärkten Einsatz der elektronischen Fußfessel, der Bodycams, der Videoüberwachung und der automatischen Kennzeichenerfassung ermöglichen. Wir sind uns bewusst, dass diese Maßnahmen immer mit den zentralen Persönlichkeits- und Freiheitsrechten abgewogen werden müssen. Und nichts würden wir uns mehr wünschen als einen Zustand, in dem alle diese Maßnahmen überflüssig sind, allein die Terroranschläge bei uns und in unseren Nachbarländern ebenso wie die gestiegene Gewaltneigung im Bereich der politischen Straftaten zwingen uns zu einem anderen Handeln. Der Staat hat nun einmal die Aufgabe - und dies gehört zu seinen primären Obliegenheiten -, die öffentliche Ordnung aufrechtzuhalten, den öffentlichen Frieden zu garantieren und die Menschen vor Gewalt und Straftaten zu schützen. Dieser vornehmen Aufgabe werden wir uns mit aller Kraft widmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mit „Heimat“ verbinden die Menschen bei uns, verbinden Mia und Luca aber auch den Wunsch nach einer intakten Natur, die sie für ihre Kinder bewahren und weitergeben können. Sie verbinden mit

„Heimat“ den Wunsch nach Strukturen, die ihnen in jeder Lebensphase die bestmögliche Versorgung bieten.

Dafür werden wir im Rahmen unserer Nachhaltigkeitsstrategie im Landtag eine „Enquetekommission Nachhaltigkeit“ einrichten, und ich freue mich schon jetzt auf die aktive Teilnahme aus den Reihen der Landtagskolleginnen und -kollegen. Wir wollen diese Enquetekommission einrichten, um die Herausforderungen für die saarländische Umweltpolitik im Wandel der Zeit zu definieren und daraus entsprechende Handlungsziele abzuleiten.

Nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ werden wir uns weiterhin und mit nicht nachlassender Kraft für die Abschaltung des Kernkraftwerks Cattenom einsetzen. Die Tatsache, dass der neu gewählte französische Staatspräsident einen erklärten Kritiker der Atomenergie zum Umweltminister gemacht hat, ermöglicht hierbei vielleicht neue Verhandlungsspielräume.

Ungeachtet dessen brauchen wir aber auf jeden Fall eine erfolgreiche Energiewende. Diese gelingt nur, wenn wir sparsamer mit Energie umgehen, Energie effizienter einsetzen und umwandeln und - ja, auch das! - erneuerbare Energien immer stärker nutzen. Auf diesen Dreiklang aus Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien setzt diese Landesregierung.

Bisher haben wir uns dabei sehr stark auf den Strombereich konzentriert. Doch die Musik spielt hier ebenso im Bereich Wärme wie auch im Bereich Mobilität. Diese drei Sektoren müssen wir intelligent miteinander koppeln. Als starker Informatikstandort haben wir die besten Voraussetzungen, um hierbei ganz vorne mitzuspielen. Es ist ein gutes Signal für unser Land, dass die VSE als großer saarländischer Energieversorger in Ensdorf ein Vorhaben realisieren wird, bei dem es gerade um diese Sektorenkopplung geht und bei dem diese Sektorenkopplung modellhaft umgesetzt werden soll.

Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende sind jedoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur Bits und Bytes, Voraussetzung ist vielmehr vor allem auch eine breite Grundakzeptanz in der Bevölkerung. Dafür möchten wir, dafür müssen wir noch stärker werben als bisher. Deshalb werden wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien frühzeitig - frühzeitiger als bisher - in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Städten und Gemeinden und den Verbänden treten und mehr Transparenz schaffen. Gerade bei Windparks gilt es, die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger über das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren hinaus von vornherein in die Planungen einzubinden. Wir wollen außerdem, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Rendite der Energiewende beteiligt werden. Deshalb

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

unterstützen wir Bürgerenergiegenossenschaften ebenso wie Mieterstrommodelle.

Das Land hat in den vergangenen Jahren Flächen im Staatswald bereitgestellt, dazu bekennen wir uns. Wir haben das getan, um die Windkraft auszubauen und so auch unser Ziel zu erreichen, bis 2020 jede fünfte im Land verbrauchte Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dies hat teilweise zu heftigen Protesten geführt, insbesondere dort, wo Windräder in Laubwäldern errichtet wurden. Hier werden wir nachsteuern und das Landeswaldgesetz ändern, um einen vernünftigen Ausgleich zwischen der Schutzwürdigkeit von historisch gewachsenen alten Waldstandorten und den Zielen der Energiewende hinzubekommen. Über die vertraglich bereits gebundenen Flächen hinaus hat der SaarForst Landesbetrieb seit Beginn dieses Jahres keine neuen Flächen mehr verpachtet und wird auch keine weiteren Flächen zur Verfügung stellen. Ich glaube, dies ist eine angemessene Reaktion vor dem Hintergrund der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, um einerseits Akzeptanz und andererseits trotzdem Dynamik in der Energiewende zu erreichen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Wir werden uns bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik streng am Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft orientieren und daher bis zum Jahr 2022 einen Anteil von 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in ökologischer und nachhaltiger Bewirtschaftung anstreben. Dies geschieht auch mit dem Ziel, dass sich die Menschen mit Produkten aus unserer Region versorgen können. Denn das ist doch das Beste, was wir zur Vermeidung des Klimawandels und zur weltweiten Nachhaltigkeit beitragen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherung des Trinkwassers, der Böden und der Nahrungskette vor schädlichen Einflüssen, zum Beispiel vor PCB und anderen Schadstoffen, wird auch in Zukunft oberste Priorität haben und durch die Fortsetzung der bisherigen guten Arbeit der zuständigen Landesbehörden sichergestellt werden. Bei den Genehmigungsverfahren im Bereich des Bergbaus wird es auch weiterhin keine Genehmigungen ohne einen sicher gewährleisteten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem des Trinkwassers, geben. So dürfen Veränderungen bei der Grubenwasserhaltung der RAG AG nur genehmigt werden, wenn Gefahren für Mensch und Umwelt und insbesondere für das Schutzgut „Wasser“ ausgeschlossen werden können. Das ist die Haltung, die wir in den vergangenen fünf Jahren eingenommen haben, und das wird auch die Haltung sein, die wir im jetzt laufenden Geneh-

migungsverfahren einnehmen werden. Das sind wir den Saarländerinnen und Saarländern schuldig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Gesundheitsbewusstsein und Respekt vor der Umwelt und unseren natürlichen Ressourcen großgeschrieben werden. Wir wollen die Menschen dabei mitnehmen und sie überzeugen, sie aber nicht bevormunden. Wir werden überprüfen, ob die vorhandenen ordnungsrechtlichen Bestimmungen und unsere Appelle zur Eindämmung unserer Wegwerfkultur ausreichen. Wir erwägen eine Bundesratsinitiative, um die verpflichtende Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums einzuschränken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der gerade aktuell wieder zu sehenden Bilder von Hungersnöten und verhungerten Kindern etwa auf dem afrikanischen Kontinent ist es an Zynismus nicht zu überbieten, dass wir hierzulande, auch wir hier im Saarland, tagtäglich Massen an Lebensmitteln wegwerfen oder vernichten, bloß weil ein Mindesthaltbarkeitsdatum, über dessen Sinn man sich ohnehin streiten kann, erreicht worden ist oder sein Erreichen knapp bevorsteht. Ich glaube, an dieser Stelle kann jeder Einzelne von uns einen ganz praktischen Beitrag zu einer insgesamt gerechteren Welt leisten. Diesen Beitrag wollen wir im Saarland durch entsprechende Rahmenbedingungen fördern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen unsere Großschutzgebiete Nationalpark Hunsrück-Hochwald, Biosphärenreservat Bliesgau, Naturpark Saar-Hunsrück und auch LIK.Nord erhalten und fördern. Um gerade den jungen Menschen den Wert regional angebaute Lebensmittel nahezu bringen, werden wir das EU-Schulobstprogramm weiterführen und den Wegfall von EU- und Bundesmitteln durch Landesmittel kompensieren. Dieses Schulobstprogramm ist ein großer Erfolg, wir sind es unseren Kindern schuldig, dieses Programm weiter voranzutreiben.

Wir werden den Verbraucherschutz stärken, indem wir die Verbraucherzentrale auch in Zukunft finanziell fördern, um so den Zugang zu qualitätsgesicherten und unabhängigen Informationen sicherzustellen. Die Erarbeitung eines Verbraucherschutzgesetzes werden wir prüfen und den kollektiven Rechtsschutz im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts immer stärker international agierender Konzerne kommt auf die Verbraucherinnen und Verbraucher eine besondere Herausforderung zu. Durch ihre große Zahl haben sie die Marktmacht, mit der Veränderungen herbeigeführt werden können. Dafür ist es aber notwendig, dass sie von kompetenter und

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

neutraler Stelle über ihre Rechte und über die Fakten informiert werden.

Und deswegen ist der Verbraucherschutz nicht etwas, was man in einem Land leistet, wenn man ansonsten nichts mehr zu tun hat, sondern Verbraucherschutz ist ein ganz wichtiger Beitrag zu einer aktiven und selbstbestimmten Bürgergesellschaft. Diesen Beitrag wollen wir im Saarland leisten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden für ein modernes und bedarfsgerechtes Gesundheits- und Pflegesystem sorgen. Bei den Krankenhäusern werden wir die trägerübergreifende Zusammenarbeit und die sektorenübergreifende Versorgung stärken und den Abbau von Doppelstrukturen sowie die Neuausrichtung beziehungsweise Spezialisierung vorantreiben. Wir werden Qualitätsindikatoren und auf Gutachterbasis stationsbezogene Personalmindestzahlen im Rahmen der Krankenhausplanung aufstellen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, halten wir ein Versprechen ein, das wir vor der Wahl insbesondere dem Pflegepersonal in unseren Einrichtungen gegeben haben, dass in Zukunft eben auch die Frage der Personalversorgung eine Rolle bei der Zulassung von Krankenhäusern, bei Krankenhausstrukturen und bei der Finanzierung spielen wird. Dies ist ein wichtiges, ein notwendiges, ein richtiges Signal an all die Menschen, die sich in unserem Land der Pflege ihrer Mitmenschen widmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir müssen in unsere Krankenhäuser investieren, deswegen werden wir die Investitionsmittel von aktuell jährlich 28,5 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 um bis zu 10 Millionen Euro jährlich erhöhen. Zudem werden wir einen eigenen Krankenhausstrukturfonds in Höhe von 20 Millionen Euro auflegen, um vorrangig solche Investitionen zu fördern, die die genannten qualitativen Versorgungsziele anstreben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen in unserem Land, auch Mia und Luca, werden auch den kulturellen Reichtum in unserem Land und das Miteinander der Menschen genießen können und wollen. Wir sichern unsere kulturellen Leuchttürme und stehen zu unserer Verantwortung für unsere kulturellen Einrichtungen. Lassen Sie mich mit Blick auf den seit Jahren andauernden Konsolidierungskurs in unserem Land sagen, auch angesichts dessen, was in anderen Bundesländern an Schwerpunkten gesetzt wird: Es war und es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir in all diesen Jahren der Haushaltsenge für die Menschen in diesem Land gerade unsere wichtigen kulturellen Einrichtungen gesichert und erhalten haben. Das war ein klares und notwendiges Bekenntnis zur Kultur in diesem Land, und darauf, meine sehr geehrten Damen

und Herren, können wir mit Fug und Recht stolz sein!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will nur einige nennen. Das Saarländische Staatstheater bleibt als Dreipartienhaus auf hohem künstlerischem Niveau erhalten und wird an der allgemeinen Entwicklung des Haushaltes ab 2020 teilhaben. Auch unsere künstlerischen Hochschulen, die Hochschule für Musik und die Hochschule der Bildenden Künste, erhalten für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen werden in dem erforderlichen und leistbaren Maße fortgeführt.

Die Museen des Landes müssen für die Zukunft gut aufgestellt werden. Wir werden jetzt mit der neuen Museumslandschaft endlich den Raum bekommen, um die Schätze, die wir bisher in der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz nicht zugänglich machen konnten, den Saarländern und Saarländerinnen zeigen zu können. Dies ist eine gute Weiterentwicklung eben dieser Museumslandschaft im Saarland. Wir werden hier in den kommenden Jahren für ihre Instandhaltung und Instandsetzung Mittel bereitstellen. Gleichzeitig werden wir die Breitenkultur ungeschmälert weiter fördern und eng mit ihren Dachorganisationen wie dem Landesmusikrat oder der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung zusammenarbeiten.

Natürlich werden wir auch in Zukunft die in unserem Land so fest verankerte Festivallandschaft weiter stärken. Das gilt nicht nur für die arrivierten Festivals wie Perspectives oder das Max-Ophüls-Festival, sondern wir werden auch Weiterentwicklungen fördern, etwa das Festival Colours of Pop, das in diesem Jahr seine Premiere feiert. Wir sind auch fest entschlossen, den Saarländerinnen und Saarländern in Zukunft weiterhin ein Angebot im Bereich eines Klassikfestivals zu unterbreiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die kulturelle Vielfalt in unserem Land war in all den Jahren und Jahrzehnten sehr bunt, sehr breit, sehr vielfältig, und sie wird es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dieses kulturelle Engagement ist nur deshalb möglich, weil wir gerade das Ehrenamt als Kernelement der Breitenkultur wie auch des Saarsports, als Triebfeder des gesellschaftlichen Miteinanders in Stadt und Land, als Grundpfeiler des Natur- und Umweltschutzes, als unverzichtbaren Faktor bei den Feuerwehren und Hilfsdiensten und als greifbaren Ausdruck zivilgesellschaftlicher Teilhabe haben. Diesem ehrenamtlichen Engagement müssen wir nach wie vor, und in Zukunft verstärkt, unsere hohe Wertschätzung entgegenbringen. Deshalb setzen wir uns weiter für die landesweite Einführung der Ehrenamtskarte ein. Deshalb wollen wir bei den Steuer-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

freibeträgen nicht mehr zwischen verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten unterscheiden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Sozialleistungen abgeschafft wird. Man kann es nicht von solchen Anrechnungsregelungen abhängig machen, ob es jemandem möglich ist, sich für unsere Gesellschaft zu engagieren. Auch das ist ein Hindernis, auch das ist eine Ungerechtigkeit, die beendet werden muss. Wir wollen dazu die notwendigen Schritte unternehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, so also könnte das Saarland in Zukunft aussehen, so also könnte der Lebensweg von Mia und Luca verlaufen.

Wahrscheinlich - dazu braucht man kein großer Prophet zu sein - werden einige von Ihnen sagen, das sei alles zu optimistisch. Und in der Tat, niemand kann unserem fiktiven Geschwisterpaar diese Erfolge garantieren, ebenso wenig wie den Menschen, die in der realen Welt hier geboren sind, hier zugezogen sind, hier leben. Aber was wir tun können, ist, die Grundlagen, die Voraussetzungen zu schaffen, die man für solche Lebenswege braucht. Das können wir, das wollen wir und das haben wir in der Vergangenheit schon getan; wir haben dabei vieles auch schon erreicht.

Die entscheidende Frage für die nächsten Jahre hat schon der antike griechische Historiker Thukydides gestellt. Er stellt - das geht wohl auf eine Frage von Perikles an die Athener zurück - die Frage: „Sich ausruhen oder frei sein?“ Ja, wir könnten uns ausruhen, auf den Erfolgen beim Strukturwandel, bei der Gesundung unserer Haushalte, bei der Weiterentwicklung unseres Landes. Wir könnten die Augen verschließen vor den Herausforderungen der Zukunft, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung, den Widrigkeiten dieser Welt.

Dann aber würden wir auf Dauer nicht frei sein. Wir würden zu Gefangenen, zu Getriebenen der Entwicklungen werden, die von außen bestimmt werden und die unser Land prägen. Wir als saarländische Landesregierung wollen jedoch selbst gestalten und eine gute Zukunft für dieses Land und seine Menschen schaffen. Deswegen wird sich diese Landesregierung nicht ausruhen. Sie wird die nächsten Jahre gemäß dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler mit aller Kraft dafür arbeiten, dass alle Saarländerinnen und Saarländer so gut in diesem Land leben können, wie wir es uns für Mia und Luca wünschen und erhoffen. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Meiser:**

Ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung. - Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne dass ich es ahnte, stehe ich heute Morgen unter dreifachem Stress. Zunächst einmal laboriere ich seit zwei Wochen an einer Erkältung - dafür kann niemand was -, dann setzt mich die Ministerpräsidentin unter Stress, dass ich hier eine streitbare Opposition abgeben soll. Schließlich hat einer Ihrer Redeschreiber auch noch ein Zitat von mir gefunden, das ich längst vergessen hatte.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Ich komme aber gerne darauf zurück, weil ich in der Regel recht dankbar bin, wenn ein Zitat noch einmal ausgegraben wird.

Dieses Zitat, meine sehr geehrten Damen und Herren, lese ich noch einmal vor: „ (...) dass in Ihrer Regierung erhebliche Konstruktionsfehler eingebaut sind und dass Sie mit Sicherheit - das können Sie in fünf Jahren zitieren - die zentralen Ziele Ihrer Regierungsarbeit verfehlen werden“. Das will ich paraphrasiert wiederholen: Auch in fünf Jahren werden wir hier stehen, und Sie werden das zentrale Ziel Ihrer Regierung, die Eigenständigkeit des Landes zu sichern, wiederum verfehlt haben, weil Sie den Schuldenberg von 14 Milliarden Euro nicht runterkriegen. Ich wiederhole es also noch einmal: Sie haben das zentrale Ziel der Regierungsarbeit verfehlt, der Schuldenberg von 14 Milliarden Euro bringt nicht die Freiheit, sondern die Schuldknechtschaft. Außerdem ist es von großem Interesse, dass Sie die wichtigste Zahl der Landespolitik überhaupt, nämlich 14 Milliarden, gar nicht erwähnt haben. Das ist doch ein Witz!

(Beifall bei der LINKEN.)

Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das eigentlich unfassbar. Wenn ich über die Landespolitik und über die Möglichkeiten der Landespolitik nachdenke, ist das die erste Zahl, die mir einfällt. Das ist doch pure Selbstverständlichkeit. Als wir zu Beginn der letzten Legislaturperiode darüber geredet haben, was unsere Aufgabe sei, haben alle Fraktionen gesagt - auch wenn das nachher bestritten wird -, dass es unser Hauptproblem ist. Alle Fraktionen haben gesagt, wir brauchen einen Schuldentilgungsfonds oder einen Altlastenfonds oder wie auch immer man es nennt, um zumindest die Hälfte wegzubekommen. Weil alle Fraktionen in irgendeiner Form wissen, was 1 Prozent von 14 Milliarden - damals 12 oder 13 Milliarden - bedeutet. Das heißt nämlich, wenn das durchschnittliche Zinsniveau um 1 Prozent nach oben geht, dass die ganze Herrlich-

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

keit zu Ende ist. Das wären 140 Millionen Euro, ich werde das nachher etwas deutlicher ausführen.

Insofern - so gerne ich Ihnen bescheinigen würde, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, dass Sie das Hauptziel Ihrer Regierung erreicht haben, weil das die wichtigste Aufgabe ist, die hier an der Saar jeder Landespolitik gegeben ist - muss ich Ihnen sagen: Trotz Ihrer Selbsteinschätzung, die ich für völlig verfehlt halte, ist das Hauptziel eben nicht erreicht worden. Das Land wird immer auf die Hilfe anderer angewiesen sein, solange wir einen solchen Schuldenberg von 14 Milliarden Euro haben.

Da Sie einen meiner Lieblingsschriftsteller, Thukydides, zitiert haben, möchte ich Sie mit einem seiner Zitate konfrontieren. Thukydides hat mal gesagt: „Die Schönheit liegt im Auge des Betrachters.“ Das ist eines der berühmten Zitate dieses griechischen Feldmarschalls und Schriftstellers. Da kann man sagen, die Höhe eines Schuldenberges liegt offensichtlich im Auge der Betrachterin oder des Betrachters; die eine sieht ihn überhaupt nicht, er schrumpft zu zwergenhaftem Ausmaß, der andere sieht ihn und sagt, das ist ein riesiger Schuldenberg. Sie sehen also, das Auge des Betrachters, das Auge der Regierung und das Auge der Opposition kommen offensichtlich zu unterschiedlichen Wahrnehmungen. Wir haben das Hauptproblem unseres Landes nach wie vor nicht gelöst. Das ist teilweise auch eingeräumt worden, ich will niemanden zitieren, ich gucke auch schnell wieder weg.

(Vereinzelt Lachen.)

Wie gesagt, wir müssen uns mit der Wahrheit konfrontieren, dass wir keine Lösung in unserem Land finden.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das gilt genauso für die genannte Zahl von 500 Millionen. Ich will das gar nicht ausweisen, aber es stimmt einfach nicht, dass wir 500 Millionen Euro mehr bekommen, das können Sie noch so oft hier wiederholen. Es sei denn, wir gehen in die Zeit zurück, als wir die Hilfen noch nicht bekamen, die wir jetzt seit vielen Jahren kassieren, nämlich 240 Millionen Euro, dann stimmt die Zahl. Wenn man aber von 500 Millionen spricht und so tut, als sei das eine zusätzliche Hilfe, dann führt man wiederum die Öffentlichkeit in die Irre. Es ist nicht so, dass wir 500 Millionen Euro zusätzlich bekommen, wir bekommen eben nur 260 Millionen Euro! Die ganzen Restriktionen habe ich genannt, ich möchte nicht alle wiederholen. Wir sind nach wie vor in einer schwierigen Situation.

Nun meinen Sie vielleicht, es sei die Freude eines Oppositionspolitikers, Ihnen das hier vorzuhalten. Nein, das ist die Sorge eines Landespolitikers, der sich diesem Land verbunden fühlt und der sich wün-

schen würde, dass all diese Zahlen ganz anders aussehen würden, dass wir tatsächlich im Wettbewerb mit anderen Bundesländern erfolgreich wären und mithalten könnten. Wenn das so weitergeht, können wir das leider nicht.

(Beifall bei der LINKEN.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese entscheidende Zahl, die Sie nicht erwähnt haben, bestimmt die ganzen Möglichkeiten der Landespolitik. Diese entscheidende Zahl bestimmt auch die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung. Da natürlich vor Wahlen die Regierung ihre Arbeit besonders preist - das ist alles selbstverständlich - und die Oppositionsparteien die Regierungsarbeit vielleicht etwas zu kritisch sehen, will ich darauf hinweisen, dass es eine bemerkenswerte Untersuchung über die wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich der Bundesländer gab. Das hätte Sie doch wachrütteln müssen! Diese Untersuchung der Wirtschaftsabteilung der Helaba, die sicherlich nicht die Absicht hatte, Sie irgendwie zurückzusetzen, kommt zu dem Ergebnis, dass das Saarland in den letzten zehn Jahren die schwächste wirtschaftliche Entwicklung hatte, es ist von Nullwachstum die Rede.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was braucht es noch für Zahlen, um Sie zu einem anderen Urteil zu bewegen als zu dem, was Sie die ganze Zeit vorgetragen haben? Wenn dieser Zustand bleibt, dass wir die schwächste wirtschaftliche Entwicklung aller Bundesländer haben, werden Mia und Luca ihren Beruf vielleicht gar nicht hier finden können, sondern aufgrund ihrer Qualifikation möglicherweise woanders suchen müssen. Wir sind uns sicherlich einig, dass wir im Saarland eine ökonomische und wirtschaftliche Entwicklung brauchen, damit gut ausgebildete Saarländerinnen und Saarländer auch hier ihre Familien gründen und ihrem Beruf nachgehen können.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich sprach von strukturellen Hindernissen. Nun haben wir zwei Probleme, eins davon ist die Schuldenbremse. Ich habe mich gefreut, dass es in der eigenen Koalitionspartei vor der Wahl eine ganz lebhaft Debatten über die Sinnhaftigkeit oder Nicht-Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse gegeben hat. Ich habe mich auch darüber gefreut, dass eine Mehrheit zum Ergebnis kam, dass sie eben nicht das beste Instrument ist. Gerade jetzt, wenn es um die Hauptaufgabe des Landes geht, nämlich endlich den Rückstand bei den Investitionen auszugleichen, zeigt sich doch, wie nachteilig diese Schuldenbremse überhaupt ist, wie irrsinnig sie im Grunde genommen ist.

Angesichts des jetzigen Zinsniveaus wäre es dringend geboten, die Investitionen jetzt zu finanzieren. Dass Sie sich entschlossen haben, wieder drei Jahre zu warten, ist einfach ein Fehler. Wir haben uns

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

auch Gedanken darüber gemacht, welchen Beitrag wir leisten würden, falls wir in die Verantwortung kämen. Im Ergebnis möchte ich Ihnen sagen, ich würde auf jeden Fall einen anderen Weg der Finanzierung gehen. Es gibt Möglichkeiten, Sie müssen sich nur in anderen Bundesländern umschauchen. Selbst wenn Sie die Gesamtsumme mit Inflationskorrekturen über zehn Jahre festschreiben würden, könnten Sie einen anderen Weg gehen. Dass Sie weitere drei Jahre bei den Investitionen zögern, wird die Saarlwirtschaft weiter zurückwerfen.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das Ergebnis der Helaba-Studie war für mich keine Überraschung. Wenn ein Land pro Jahr 100 Millionen Euro zu wenig investiert, wenn eine Investitionslücke von 1 Milliarde Euro besteht - und die geht ja weiter -, dann ist es angesichts der Zusatzeffekte öffentlicher Investitionen schlicht und einfach logisch, dass ein Land im Vergleich zu anderen Ländern eine schlechtere wirtschaftliche Entwicklung hat. Deswegen ist die Investitionsbremse schlicht und einfach ein Irrweg. Sie hindert widersinnigerweise in Zeiten optimaler Zinskonditionen daran, jetzt die Investitionen durchzuführen. Das wäre im Interesse der Konsolidierung des Landeshaushaltes notwendig gewesen. Was würde man von einem Privatmann halten, der sagt, na ja, jetzt, wo die Zinsen günstig sind, investiere ich nicht, ich warte mal ein bisschen, und wenn dann die Zinsen auf ein anderes Niveau hochgesprungen sind, dann konsolidiere ich meine eigene private Situation? Das wäre eigentlich gar nicht denkbar.

Die finanzielle Situation ist aus unserer Sicht ganz anders, als Sie sie hier darstellen. Logischerweise haben Sie gestern gesagt, als Sie zu den Steuerplänen der verschiedenen Parteien Stellung genommen haben, dass Sie allenfalls 15 Milliarden Entlastung zustimmen könnten. Das Finanzministerium hat errechnet, wenn ich das richtig verfolgt habe, dass das den Landeshaushalt mit 60 Millionen Euro belasten würde. Sie können das mit den Zahlen saldieren, die ich nur kurz angedeutet habe. Da gibt es nach meiner Auffassung wiederum einen Denkfehler. Wir haben als Partei DIE LINKE - das heißt, ich persönlich im Deutschen Bundestag - die Entlastung, die jetzt vor der Bundestagswahl von allen Parteien wiederum hochgehoben wird, also Entlastung durch Abschaffung des Steuerbauchs - für die Steuerfachleute unter Ihnen -, zweimal beantragt. Die Abschaffung des Steuerbauchs kostet natürlich eine ganze Menge Geld, mehr als das, was Sie angesprochen haben. Deswegen wird die von Herrn Schäuble avisierte Entlastung weitaus geringer ausfallen, man muss dann nur die Gegenrechnung aufmachen. Sie kennen unsere Position. Das ist das strukturelle Defizit, das ich versucht habe, Ihnen darzulegen. Solange auf Bundesebene die Mühle dicht ist für eine andere Struktur der öffentlichen Haushalte, was die Steuer-

und Abgabenstruktur angeht - das war das, was ich gemeint habe -, bekommen Sie den Schuldenberg nicht weg.

Sie können ja jetzt dem Schicksal danken, denn es gibt zwei Entwicklungen, von denen ich nicht geglaubt hätte, dass sie so lange anhalten würden, also zwei Irrtümer von mir. Dass die ökonomische Entwicklung samt Steueraufkommen so lange stabil sein würde, hätte ich vor fünf Jahren nicht gedacht. Dass die Zinsentwicklung so nachhaltig auf null sein würde, hätte ich auch nicht unbedingt vorausgesagt. Ob das in den nächsten Jahren so bleibt? - Das ist durchaus möglich. Ich würde mich nicht in der Lage sehen, die Zinsentwicklung vorauszusagen. Aber es ist auch möglich, wenn man weltweit das eine oder andere beobachtet, dass es eine Zinsentwicklung nach oben gibt. Dann werden wir uns hier wieder sehen und werden darüber reden, wie dem zu begegnen ist.

Was die ökonomische Entwicklung angeht - um das nur kurz anzusprechen, ich sehe auf die Zeit -, so gibt es eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten. Ich erwähne das, damit es nicht so aussieht, als würden wir hier nur kritisieren, aber das Wesentliche muss ja angesprochen sein. Über die Beurteilung der Informatik haben wir uns vor Kurzem verständigt. Ich freue mich auch über das CISP. Wenn ein Landespolitiker es ernst meint mit der Entwicklung des Landes, muss er sich über solche Entwicklungen freuen. Das Bekenntnis zur Stahlindustrie ist selbstverständlich nach wie vor eine Gemeinsamkeit.

Meine Haltung zur Automobilwirtschaft ist ganz genau wie Ihre. Voreilige Schlussfolgerungen, was Elektromobilität angeht, halte ich für völlig verfehlt. Auch den Zusammenhang mit der sozialen Frage halten wir nach wie vor für äußerst wichtig, das Tarifreugesetz und andere Dinge, die erreicht worden sind. Ich erwähne das nur, damit nicht der Eindruck entsteht, es wird nur die eine Seite gesehen; es wird auch das andere gesehen.

Ich ergänze allerdings für meine Fraktion: Ich bedauere, dass bei dieser Betrachtung auch angesichts der positiven Entwicklung, die wir bei Saarstahl erreicht haben, die Themen Belegschaftsbeteiligung und Stiftungslösung nicht vorgekommen sind. Das wäre ein Schwerpunkt unserer Arbeit gewesen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine nachhaltige Demokratisierung der Gesellschaft nur gegeben ist, wenn wir auch eine Art Wirtschaftsdemokratie haben. Wir haben derzeit eine ganz fatale Entwicklung autoritativer Herrschaftsstrukturen weltweit, von den USA bis Russland. Diese nachhaltige Entwicklung zu autoritativen Strukturen führt natürlich im Unternehmensbereich zu ähnlichen Verhaltensweisen. Der große Sektor schlechter Arbeitsverhältnisse mit schlechter sozialer Absicherung bereitet uns große Sorge. Deshalb legen wir großen Wert

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

darauf, dass dieser Ansatz Stiftung und Belegschaftsbeteiligung hier an der Saar weitergeführt wird.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun geht es ja nicht nur um die Investitionen, die angesichts der finanziellen Engpässe - das wirft einem ja keiner vor, wenn es nicht anders zu erreichen war - natürlich auch in nächster Zeit zu gering sein werden. Sie haben vom Jahrzehnt der Investitionen gesprochen. Ich setze den Begriff „ein Jahrzehnt der Unterinvestitionen“ im Vergleich zu anderen Ländern dagegen, weil wir eben die Hauptprobleme nicht gelöst haben.

Nachdem wir in der Beurteilung etwa der Informatik, das heißt bei sogenannten Leuchtturminvestitionen so übereinstimmen, hätten wir es natürlich begrüßt, wenn ein zweites Projekt angegangen worden wäre. Da schlagen wir nach wie vor die Medizintechnik vor. Wir glauben, wenn wir in die Medizintechnik ähnlich investieren würden wie in die Informatik, hätten wir wahrscheinlich - natürlich kann man das nie garantieren, aber wir haben ja Unternehmen in diesem Bereich, die wir auch ansprechen könnten - eine ähnliche Entwicklung zumindest in Aussicht. Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wäre es eine wirklich runde Sache, wenn wir auf diese Art und Weise ein zweites Bein neben der Informatik hätten. Medizintechnik ist nach wie vor unser Vorschlag.

Auch den harten Sparkurs an der Universität können wir Ihnen nicht großartig vorhalten angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen. Würden wir jetzt auf der Regierungsbank sitzen, müssten wir uns genauso nach der Decke strecken, um das in aller Klarheit zu sagen. Aber deswegen muss man immer wieder auf die Ausgangsposition zurückkommen. Man muss sich auch im klaren darüber sein, dass fehlende Investitionen im Bildungswesen die Zukunftschancen verringern. Das ist ja nicht nur ein Problem des Saarlandes. Wir haben jetzt gerade im Handelsblatt gelesen, dass laut OECD-Statistik Deutschland noch nicht einmal im Durchschnitt der Bildungsinvestitionen liegt. Es sind 4,2 Prozent auf das Sozialprodukt gerechnet. Der Durchschnitt ist 5,1 Prozent. Die skandinavischen Länder haben einen Wert von 7 Prozent auf das Sozialprodukt gerechnet. Rechnen Sie das einmal um auf unsere Verhältnisse. Auch hier - und das ist jetzt nicht nur eine Kritik an Ihrer Landesregierung, an der jetzigen Mehrheit - ist Deutschland auf dem falschen Weg. Das ist ein Weg „privat vor Staat“. Diese Parole haben wir lange gehört. Wir haben gehört, Steuersenkung ist die Grundlage jeder ökonomischen Entwicklung. Wir, insbesondere die Länder, haben viel Geld verloren. Deshalb ist die Entwicklung im Bildungsbereich nach wie vor sehr schlecht. - Ich sehe schon, dass hier die Zeit aufleuchtet. Ich konnte mich auf-

grund der Zeit nur mit den wichtigen Fragen beschäftigen.

Deshalb möchte ich Folgendes festhalten, Sie haben die Begriffe Ehrlichkeit, Transparenz und Offenheit angesprochen. Wir müssen uns, was die ökonomische Entwicklung angeht, ehrlich machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und die Zahlen, die ich Ihnen hier genannt habe, zur Kenntnis nehmen, sonst finden wir keine Lösung für die Zukunft.

Ich möchte schließen mit Thukydides. „Sich ausruhen oder frei sein?“, haben Sie gesagt. Es unterstellt Ihnen niemand, dass Sie sich ausgeruht haben, Frau Ministerpräsidentin. Aber es gibt einen anderen Satz von Thukydides - Sie sehen, wie Ihr Redenvorbereiter mich da inspiriert hat -

(Vereinzelt Heiterkeit)

der heißt: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.“ Der Mut, der offensichtlich ein bisschen fehlt, ist der, der Realität ins Auge zu blicken. Aber ohne diesen Mut werden wir keine nachhaltige Lösung für die Zukunft unseres Landes finden.

(Beifall von der LINKEN, Teilen der CDU und der AfD.)

**Präsident Meiser:**

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Tobias Hans.

**Abg. Hans (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lafontaine, Sie haben an meinem szenischen Applaus gemerkt, dass auch ich ein Fan von Thukydides bin. Und da haben wir zu Beginn dieser Debatte auch schon etwas gemeinsam. Thukydides hat unter anderem auch gesagt: Geschichte ist eine einzige und ewige Wiederholung. Von daher, Herr Kollege Lafontaine, haben wir bei Ihren Ausführungen wenig Neues vernommen. Sie haben mit uns das ausgetauscht, was Sie auch vor der Landtagswahl in allen Ihren Ausführungen von sich gegeben haben.

Ich glaube nur, Herr Kollege Lafontaine, wenn man sich anschaut, was Ende März passiert ist, so haben Sie da vielleicht ein wichtiges Ereignis in der Geschichte verpasst. Die Menschen in diesem Land haben ganz offensichtlich anders als Sie festgestellt, dass sie mit der Politik der Großen Koalition zufrieden sind, und sie deshalb auch in ihrem Amt bestätigt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will von daher heute hier mit etwas zeitgenössischeren Zitaten beginnen. 1881 hat ein wenig bekannter Dichter, Hermann Adam von Kamp, ein klei-

(Abg. Hans (CDU))

nes Volkslied, ein Volksgedicht, geschrieben, das allen sehr wohl bekannt ist. Es ist betitelt „Alles neu macht der Mai“. Herr Kollege, ich glaube, wenn auch nicht alles neu ist in diesem Haus, so gibt es doch einen gewissen Tapetenwechsel, wie auch ein Blick in die Reihen des Parlamentes zeigt. Im Wesentlichen aber - ich will das noch einmal sagen - ist das, was wir jetzt hier vorfinden, eine Neuauflage dessen, was für dieses Land fünf Jahre lang erfolgreich gearbeitet hat. Die Menschen haben gesagt, dass sie Stabilität, dass sie Verlässlichkeit wollen und haben sich deshalb für die Große Koalition entschieden.

Kolleginnen und Kollegen, vielleicht haben sich da auch die Zeiten ein wenig geändert. Wenn man sich anschaut, was noch vor wenigen Jahren den Menschen in diesem Land wichtig war, so ist heute die Großwetterlage vielleicht eine andere. Wenn man in andere Länder blickt - gar nicht zu sprechen von dem, was sich in Manchester ereignet hat -, nach Frankreich, nach Polen, so ist festzustellen, dass das offensichtlich mit den Bürgerinnen und Bürgern etwas gemacht hat. Sie sagen, sie wollen für ihr eigenes Leben im eigenen Land klare Ansagen, wahrhaftige Aussagen, Gewissheit, dass sorgsam mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen wird und dass sich ihr Umfeld, ihr Lebensmittelpunkt, die Heimat, in der sie leben, auch noch in Jahrzehnten als ihre Heimat darstellt und Bestand hat. Das beweist, dass das Ergebnis der Landtagswahl letztendlich auch dargelegt hat, wie sich die Menschen in diesem Land fühlen, wie sich die Menschen in diesem Land zufrieden fühlen.

Das, Herr Kollege Lafontaine, steht eben in dialektalem Gegensatz zu dem, was Sie heute hier wieder dargelegt haben, auch wenn Sie sich große Mühe gegeben haben, tatsächlich eine Studie zu finden, die etwas anderes darstellt. Es ist ja nicht ganz gewöhnlich, dass Sie hier mit Studien wie der Helaba-Studie argumentieren. Ich kann nur noch mal sagen: Die Lebenswirklichkeit in diesem Land, die Frage, ob dieses Land vorankommt, die Frage, ob dieses Land zufrieden ist mit seiner Regierung, wurde am 26. März anders beantwortet. Dass das so ist, beweisen letztlich auch die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Dort waren die Menschen eben nicht zufrieden und haben ihre Regierungen abgewählt. Hier im Land waren die Menschen mit ihrer Regierung zufrieden und haben sie deshalb bestätigt. Herr Kollege Lafontaine, das müssen Sie dann auch zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafter Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Menschen wollten, dass dieses Land anders als in der Vergangenheit, als der Ministerpräsident noch anders hieß, nach vorne gebracht wird und haben deshalb diese übergroße Mehrheit für die Große Koalition bestätigt. Aber ich sage auch, dass dieser

Vertrauensvorschuss, den die Menschen uns gegeben haben, eine enorme Verantwortung darstellt. Es ist ein gewaltiges Pfund. Es gilt jetzt, weiter anzupacken, auch gemeinsam mit der Opposition - dort, wo das möglich ist, wo sich die Oppositionsarbeit nicht nur mit Schlechtrede und Geschrei begnügt.

Ich will noch mal zurückkommen zu Herrn Kamp. Der hat in einer Zeile auch geschrieben, dass der Mai erneuernd aufs Gemüt wirkt. Vielleicht kann das bei Ihnen noch etwas bewirken. Was die andere Oppositionsfraktion dazu sagt, werden wir später hören. Ich kann nur noch mal sagen: Ich biete der Opposition in diesem Haus eine faire Zusammenarbeit an. Wir werden alles daran setzen - das hat auch die Ministerpräsidentin gesagt -, dass die Opposition in der Diskussion im saarländischen Landtag beteiligt wird, dass wir ernst nehmen, was die Opposition sagt, und uns damit auseinandersetzen, Herr Kollege Lafontaine.

Weil eben der Kollege Dörr gesagt hat, er nehme mit Verwunderung zur Kenntnis, dass es jetzt drei Vizepräsidenten braucht, will ich auf Folgendes hinweisen. Es ist für mich - wir haben das auch in der Fraktionsvorsitzendenrunde besprochen - eine Selbstverständlichkeit, dass die stärkste Oppositionsfraktion mit einer Vizepräsidentin bedacht wird. Das zeigt, dass wir die Auseinandersetzung in der Sache ernst nehmen. Das zeigt, dass wir wollen, dass es eine starke Opposition in diesem Haus gibt und wir uns der Herausforderung zur Auseinandersetzung in der Sache mit Ihnen auch stellen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Diese Auseinandersetzung beginnt ja mit der Vorlage des Koalitionsvertrages. Diese Auseinandersetzung beginnt mit der Regierungserklärung, die die Ministerpräsidentin heute hier abgegeben hat. Die Regierungserklärung titelt „Für die Zukunft unseres Landes“. Meine Damen und Herren, da sehen wir eben Chancen. Offensichtlich sehen wir da auch mehr Chancen, als Sie Risiken sehen, denn das ist ja auch Gegenstand der Regierungserklärung gewesen: Die Chancen für die Zukunft dieses Landes. Wir als CDU-Landtagsfraktion stehen voll und ganz hinter den Inhalten dieses Koalitionsvertrages, weil er fair ausgehandelt hat, welche Interessen in den beiden die Regierung tragenden Fraktionen bestehen.

Wenn Parteitage Koalitionsverträge behandeln und dabei so klare Ergebnisse herauskommen wie in der letzten Woche, kann das nur Ausfluss dessen sein, dass diese Koalitionsverträge so ausgehandelt worden sind, dass jeder sein Gesicht behält, dass jeder sich darin wiederfindet und am Ende Augenhöhe in der Zusammenarbeit einer Regierung vorhanden ist. Deshalb sage ich: Dieser Koalitionsvertrag für die Zukunft unseres Landes kennt am Ende nur einen

(Abg. Hans (CDU))

Sieger, das sind die Menschen in diesem Land. Es ist ein guter Koalitionsvertrag und wir werden in den nächsten fünf Jahren alles daran setzen, unser Land weiter nach vorne zu bringen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Im Koalitionsvertrag sind auch Themen behandelt - die Ministerpräsidentin hat es eben angesprochen -, die zwischen CDU und SPD ganz schwierig waren. Ich beginne mal mit dem Thema Bildungspolitik. Wir haben dort Lösungen gefunden, die letztlich die Qualität in den Bildungseinrichtungen verbessern, die Sicherheit geben, die Aussagekraft besitzen und die am Ende auch eine Vergleichbarkeit im Bildungsbereich gewährleisten. Die Zukunftsbildung unseres Landes findet letztlich in den Schulen statt, sie findet schon in der frühkindlichen Bildung statt. Dort werden Grundlagen geschaffen, die sich auf alle Bereiche auswirken. Deshalb ist das Beispiel von Luca und Mia, den fünfjährigen Geschwistern, das die Ministerpräsidentin gewählt hat, auch sehr aussagekräftig - weil es deutlich macht, dass das, was wir am Anfang in der frühkindlichen Bildung, in der kindlichen Bildung, in der Schulzeit falsch machen, was wir dort unterlassen, sich am Ende negativ auf das auswirkt, was wir in der Zukunft unseres Landes finden.

Da geht es, Herr Kollege Lafontaine, eben nicht einfach nur darum, ob es einen Schuldenberg gibt, der unzweifelhaft da ist, der unzweifelhaft von uns angegangen werden will. Wichtig ist, dass wir jetzt diese Investitionen in die Bildung tätigen. Sie werden dafür sorgen, dass wir auch später in der Lage sein werden, diesen Schuldenberg zurückzuführen. Unsere Aussage ist nach wie vor, dass wir eine Zukunft ohne Schulden haben wollen für Kinder, für Jugendliche. Deswegen müssen wir diese Grundlagen bereits in der Schulpolitik schaffen.

Das beginnt bei der Frage, wer die Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Es beginnt bei der Frage der Lehrerausstattung. Das ist uns im Übrigen, Herr Lafontaine, schon 2015 teilweise gelungen. Von daher geht Ihr Vorwurf fehl, dass wir nicht genügend investieren, dass wir nicht in der Lage seien zu investieren, dass wir abwarten bis zum Jahr 2020. Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode dafür gesorgt, dass mehr Lehrer zur Verfügung stehen. Indem wir über 200 Stellen im Lehrerbereich weniger abbauen als im Plan vorgesehen, werden wir auch in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass es an der Lehrkräfteausstattung nicht scheitern wird. Die Lehrkräfteausstattung ist ein Indikator für die Qualität der Bildungsangebote. Deshalb werden wir hier Kurs halten, weil das eben der Kurs ist, den die Saarländerinnen und Saarländer wollen. Es ist ein Kurs der Stabilität, es ist ein Kurs der Sicherheit. Es ist aber auch ein Kurs, der uns wirklich weiter voranbringt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Was für die Schulen gilt, muss sich in den Hochschulen fortsetzen, Herr Kollege Lafontaine, Sie haben es ja angesprochen. Im Hochschulbereich werden wir massiv dafür sorgen, dass sich die Situation verbessert. Wir haben schon jetzt im laufenden Doppelhaushalt - ich stelle immer wieder fest, dass nicht jeder in den Haushalt schaut, bevor er Wahlkampfreden hält - dafür gesorgt, dass an den saarländischen Hochschulen Planungssicherheit bis 2020 herrscht. Es war von Anfang an, als wir diese Planungssicherheit geschaffen haben, Herr Kollege Lafontaine, unser Ansinnen, dass wir nach dem Jahr 2020 dort auch echte Perspektiven schaffen können. Deswegen haben wir mit dem Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir ab 2020, wenn wir die Möglichkeiten haben, 15 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Hochschulen investieren. Das zeigt, welchen hohen Stellenwert unsere Hochschulen für uns haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Der Mensch beginnt nicht mit dem Abitur, der Mensch beginnt nicht mit einer Hochschulausbildung. Wir haben im Koalitionsvertrag klare Akzente auch im Bereich der Ausbildung gesetzt, auch im Bereich der handwerklichen Ausbildung. Wenn man sich andere Studien anschaut, Herr Kollege Lafontaine, so zeigen die zum Beispiel, dass sich das saarländische Handwerk derzeit in einem Allzeithoch befindet. Die Zahlen sind beeindruckend. Wir haben nicht nur eine sehr gute Auslastung, wir haben nicht nur eine gute Geschäftslage, steigende Auftragszahlen, ein Umsatzplus. Azubis und Fachkräfte werden genauso gesucht wie Meister und Gründer.

Die Karriere im saarländischen Handwerk - auch da kann ich wieder auf das Beispiel von Luca aus der Regierungserklärung zurückkommen - hat Zukunft, sie ist höchst attraktiv. Deshalb fangen wir schon jetzt damit an, das umzusetzen, was die Ministerpräsidentin eben gesagt hat. Wir werden schon in den Haushaltsberatungen dafür Sorge tragen, dass die Meisterausbildung im Saarland finanziell erleichtert wird hin zu einem Meisterbonus, hin zur Beitragsfreiheit dieser Ausbildung durch diesen Meisterbonus. Das ist die richtige Botschaft im Koalitionsvertrag. Es kann nicht sein, dass Hochschulbildung kostenlos ist und Meisterbildung letztendlich viel Geld kostet. Nur mit einer solchen Regelung, wie wir sie jetzt gefunden haben, sorgen wir dafür, dass hier eine echte Gleichwertigkeit angestrebt und erreicht wird. Deshalb ist das ein guter Koalitionsvertrag und eine gute Einigung für den saarländischen Mittelstand.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dass solche Investitionen in die Zukunft möglich sind, ist natürlich nur machbar, wenn man sich auf

(Abg. Hans (CDU))

der einen Seite stringent um die Einnahmenseite, die Haushaltsslage und Haushaltskonsolidierung sowie auf der anderen Seite um die Ausgaben kümmert. Ich habe das nur beispielhaft herausgegriffen, weil ich nicht alles wiederholen möchte, was bereits in der Regierungserklärung gesagt worden ist. Das ist durch das Zitat vom Kollegen Lafontaine eben deutlich geworden.

Es ist aber im Übrigen auch durch andere Kollegen aus den Reihen der Linksfraktion im saarländischen Landtag bereits gesagt worden. Barbara Spaniol hat zum Beispiel im Oktober 2015 für unseren Haushaltskurs quasi geworben; ich kann mich daran erinnern. Die Kollegin Spaniol hat ein Plakat hochgehalten. Es war ein CDU-Wahlplakat. Darauf stand: Wir wollen eine Zukunft ohne neue Schulden.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Meine Damen und Herren, die Kollegin Spaniol war allerdings der Meinung, dass das nur gelingen kann, wenn man einen entsprechenden Kurswechsel vollzieht. Aber ich muss Sie und Herrn Kollegen Lafontaine leider eines Besseren belehren. Hätten wir diesen Kurswechsel gemacht, den Frau Spaniol damals eingefordert hat und den Sie jetzt in Wiederholung dessen, was Sie hier schon einmal gesagt haben, vorgeschlagen haben, dann hätten wir doch bei den Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen im wahrsten Sinne des Wortes alt ausgesehen, denn nur durch unser konsequentes Haushalten war es doch möglich, dass wir diesen Kompromiss erreicht haben. In der letzten Woche ist er quasi unter Dach und Fach gebracht worden. Nur durch konsequentes Haushalten und durch Einsparungen, die wir vielen zugemutet haben, war es möglich, dass wir jetzt neue Spielräume für die Zukunft haben.

Herr Kollege Lafontaine, es sind 500 Millionen zusätzlich. Wir haben jetzt Konsolidierungshilfen. In dem Moment, in dem wir keine Netto-Neuverschuldung mehr haben, in dem wir sie auf null zurückgefahren haben, sind diese Strukturhilfen nicht mehr da. Von daher stehen uns 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Dass uns das gelungen ist, ist Erfolg der gemeinsamen Politik der Großen Koalition hier im Haus. Es ist auch ein Erfolg der CDU-Landtagsfraktion, die sich schon vor Jahren hingestellt und gesagt hat, wir müssen darauf hinarbeiten, dass wir neue Spielräume kriegen. Die haben wir nur durch diese Politik erreicht, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ohne dass viele im Land dabei mitgegangen sind, wäre das aber auch nicht zu erreichen gewesen. Trotz und vielleicht gerade wegen dieser Anstrengungen war es umso wichtiger, in dieser Zeit Schlüsselinvestitionen zu tätigen, damit die Wachs-

tumskräfte, die wir in unserem Land haben - auch wenn Sie gegenteilige Studien zitieren -, auch tatsächlich herrschen.

Was die Wirtschaftsentwicklung in Industrie und Handwerk anbelangt - ich habe es bereits angesprochen -, so startet das Saar-Handwerk durch; es befindet sich im Allzeithoch. Die gesamte Saar-Konjunktur ist im Aufwind. Wenn man die Unternehmen fragt, stellt man fest, dass die Geschäftslage durchweg positiv bewertet wird und dass man auch für die kommenden Monate zuversichtlich ist. Das ist das, was für mich noch bedeutsamer ist als das, was Landesbanken aus Hessen ermitteln.

Die Arbeitslosenzahl ist im April erneut deutlich gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt im Moment bei 6,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls gesunken. Es ist bereits der achte Rückgang der Arbeitslosigkeit in Folge. Diese Prognosen dürfen einen aber auch veranlassen, sich darüber zu freuen. Im Jahresdurchschnitt werden rund 382.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erwartet, so viele wie noch nie in diesem Land, meine Damen und Herren! Die Konjunktur blüht. Sie beflügelt den Arbeitsmarkt, was sich wiederum auf die Steuereinnahmen - die dritte Wachstumskraft, Sie haben es gesagt - auswirkt.

Die jüngste Steuerschätzung zeigt ein stabiles Wachstum der Steuereinnahmen. Sie übertrifft die bisher erwarteten Einnahmen deutlich. Für 2017 haben wir ein Mehrergebnis von 119 Millionen gegenüber dem laufenden Haushalt. Man muss in aller Ehrlichkeit sagen: Auch für die wirklich steinigen Jahre 2017 und 2018 lässt die Steuerschätzung, die vom Finanzminister vorgestellt wurde, hoffen und Mehrergebnisse erwarten, die bei rund 30 Millionen Euro pro Jahr liegen.

Ausschlaggebend für dieses Schätzergebnis ist letztendlich die wirtschaftliche Stärke dieses Landes. Wir verzeichnen hier stetige Steigerungen. Das ist die Ernte von wichtigen Reformen, die in diesem Land durchgeführt worden sind. Deswegen kann das aus meiner Sicht auch nicht verwundern. Es ist aber auch Ernte einer erfolgreichen Politik für den Standort Saarland. Herr Kollege Lafontaine, da hat sich im Vergleich zu den Neunzigerjahren wirklich einiges geändert. Wenn man heute in Deutschland Umfragen macht, wo in der Republik etwas los ist, dann hatte man früher im Saarland nur an rote Laternen gedacht. Heute ist es so, dass alle sagen, das Saarland ist vorne, im Saarland will ich mich niederlassen, im Saarland will ich gründen, ins Saarland will ich gehen, weil hier inzwischen etwas passiert, Herr Kollege Lafontaine.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Sprechen bei der LINKEN.)

(Abg. Hans (CDU))

Wir haben deshalb starke Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik gesetzt. Herr Kollege Lafontaine, ich war gerade in Bayern. Ich kann Ihnen sagen, noch nie war das Saarland so im Fokus des bayerischen Staates wie das im Moment der Fall ist, dies mit großem Respekt vor der Wirtschaftskraft in unserem Land und vor der industriellen Entwicklung dank vieler hoch qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die wirtschaftlichen Erfolge reden, dann muss man gerade im Hinblick auf das Saarland als Industriestandort, als Autoland und als Stahlstandort sagen, das alles ist nur möglich, weil wir hier Beschäftigte haben, die sich den Herausforderungen stellen. Wenn wir das erreichen wollen, was die Ministerpräsidentin gesagt hat, dass das Auto der Zukunft genauso wie jetzt der Ford Focus im Saarland gebaut wird, und wenn wir erreichen wollen, dass E-Mobilität und Digitalisierung in der Industrie Erfolge verzeichnen, dann müssen wir die Beschäftigten in der Industrie mitnehmen. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag zu Recht darauf hingewiesen, dass die Arbeitswelt 4.0 letztendlich auch eine Sozialpartnerschaft 4.0 mit sich bringt. Nur mit einer Mitbestimmung, die auf die Digitalisierung ausgerichtet ist, kann es gelingen, dass wir diese Erfolge fortführen können, damit das Saarland bei allen Trends der Zukunft ganz vorne mitfährt. So wird auch die wirtschaftliche Entwicklung fortgeführt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir brauchen diese Ideen von außen. Wir brauchen kluge Köpfe, die sich in unserem Land selbstständig machen und gründen. Darauf haben wir im Koalitionsvertrag Schwerpunkte gelegt. Damit die Ideen in das Saarland kommen, müssen die Köpfe ins Saarland kommen. Damit die Köpfe in das Saarland kommen können, muss das Saarland gut angebunden sein. Ich weiß, dass wir da im Moment Defizite haben. Es ist schön, dass man in eindreiviertel Stunden von Paris nach Saarbrücken kommen kann. Aber es ist schwierig, dass man sich im Moment am Flughafen in Berlin die Beine in den Bauch steht, wenn man hierher kommen will. Deshalb ist es gut, dass die Wirtschaftsministerin Gespräche geführt hat, damit das besser wird.

Wir brauchen eine klare und verlässliche Anbindung für unser Land. Wir brauchen auch Verbindungen zu zentralen Luftfahrtkreuzen. Nur wenn unser Land gut angebunden ist, schaffen wir es, dass die Innovationen, die wir in unserem Land dringend brauchen, ermöglicht werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben im Saarland bewiesen, dass wir in der Lage sind, unser Land nach vorne zu bringen. Die Große Koalition hat unbeirrt von der Tatsache, dass hin und wieder von

Ihnen gefordert worden ist, die Einnahmeseite könne letztendlich nur mit einer Steuererhöhung - Stichworte Reichensteuer und Vermögenssteuer - verbessert werden, und dass es von Parteien, die nicht mehr im Parlament vertreten sind, ein dauerhaftes Lamento gegeben hat, ganz klar darauf gesetzt, dass dieses Land Zukunftsfragen in die Hand nimmt.

Wir haben die Digitalisierung vorgebracht. Wir haben in der Bildungspolitik die Grundsteine gelegt. Wir haben in vielen Politikfeldern die Grundsteine dafür gelegt, dass wir ab dem Jahr 2020, wenn wir 500 Millionen mehr zur Verfügung haben, durchstarten können. Wir ruhen uns bis dorthin nicht aus. Wir setzen jetzt klare Schwerpunkte in den Jahren 2017, 2018 und 2019. Wir wissen, dass wir in der Bevölkerung einen großen Rückhalt für diese Politik haben. Wir werden dieses Vertrauen nicht verspielen. Wir werden den Erwartungen, die in uns gesetzt worden sind, weiterhin verantwortungsvoll gerecht werden. Mit dieser Ministerpräsidentin und mit dieser Koalition kommt das Saarland voran. In diesem Sinne freue ich mich auf die nächsten fünf Jahre in diesem Parlament. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Meiser:**

Das Wort hat für die AfD-Fraktion Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Frau Ministerpräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lafontaine hat von Stresssituationen gesprochen, meine besteht darin, dass ich ausgezeichnete Redner vor mir hatte und meine Redezeit auf acht Minuten begrenzt ist. Ich will mein Bestes geben.

Die Regierung ist fünf Jahre im Amt und macht mit der gleichen Besetzung weiter. Eine Regierung geht nahtlos in die andere über. Dieselben Leute, dieselben Themen, dieselben Arbeitsmethoden. Entsprechend wenige Überraschungen hat die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin gebracht. Zusammenfassend kann man sagen: Weiter so! Aber in welche Richtung, aufwärts oder abwärts? Mein Vordner Oskar Lafontaine von der LINKEN hat mir Wesentliches, Gott sei Dank, vorweggenommen, das brauche ich nicht noch einmal zu wiederholen. Ich werde allerdings am Schluss schon noch etwas über die Schulden sagen.

Die von der Ministerpräsidentin angekündigten Maßnahmen sind nicht geeignet, die Zukunft unseres Landes zu sichern. Wir haben einen gewaltigen Investitionsstau: auffällige Brücken, schlechte Straßen. Ich erspare Ihnen eine weitere Aufzählung. Bei den Investitionen ist das Saarland Schlusslicht unter

(Abg. Dörr (AfD))

den 16 Bundesländern. Die neuesten Nachrichten vom Ludwigsparkstadion werden langsam zur Lachnummer. Das erste Spiel im neuen Stadion gibt es im Jahre 2020, aber Ende 2020, und das ist nur ein Versprechen. Da hilft auch das von der Regierung angekündigte Jahrzehnt der Investitionen wenig, zumal man damit erst in mehreren Jahren beginnen will. Wie soll ich mir das vorstellen? Wir beginnen in zwei Jahren, investieren zehn Jahre und hören dann wieder auf? Einem toten Patienten braucht der Arzt keine Vitaminspritze mehr zu geben. Was wir brauchen, sind ab sofort ständige, außerordentliche und erhebliche Investitionen, mit aller Macht und in allen Bereichen und immer, immer, immer. Ein neuer Strukturwandel ist abzusehen, wir müssen jetzt handeln.

Die Förderung der Hochschulen muss Vorrang haben, die Zukunft des Landes hängt auch davon ab, ob es ein anerkannter Standort von Wissenschaft und Forschung ist. Das Saarland muss eine Bildungshochburg sein. Die beste Schule ist für unsere Kinder gerade gut genug.

Wir brauchen neue Verkehrswege, die Saarbahn muss ausgebaut werden, Radwege müssen gewartet und neu geschaffen werden. Wir brauchen einen gut funktionierenden und preisgünstigen ÖPNV. Die Bahnverbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt, es ist schon angesprochen worden, muss gefördert werden. Wir brauchen zuverlässige Flugverbindungen und einen gut funktionierenden Saarpfalz-Flughafen Saarbrücken-Zweibrücken. Meiner Ansicht nach wird viel zu wenig darüber nachgedacht, ob da etwas möglich wäre.

Überhaupt, warum müssen wir immer zufrieden sein, wenn wir Durchschnitt sind? Wer im Fußball einen mittleren Tabellenplatz anstrebt, steigt in der Regel ab. Wer das Mittelmaß anstrebt, der erreicht den Niedergang. Warum sollten wir nicht den Mut haben - von Mut wurde eben auch gesprochen und ich denke, es ist sehr wichtig, Mut zu haben -, groß zu denken? Wie soll unser Saarland aussehen, wenn unsere Kinder so alt wie wir jetzt sind - also Mia und Luca, so viel Zeit habe ich nicht, das hier auszumalen -, soll es ein mittelmäßiges, zurückgebliebenes Saarland sein, auf das man mitleidig lächelnd herabblickt? Nein. Für unsere Kinder wollen wir ein Saarland, das in allem Spitze ist und das man bewundert und auf das unsere Kinder stolz sein können. Ein Saarland als Bildungszentrum mit einem vorbildlichen Gesundheitssystem, eine Hochburg in allen Sportarten mit den entsprechenden Leistungszentren. Ein Saarland als Kulturzentrum, ein Saarland als Erholungs- und Freizeitparadies. Ein Zentrum für Kongresse, Tagungen und Messen. Wir wollen ein gerechtes Saarland, in dem es keine Armen gibt. Ein Saarland, das ein Magnet für leistungsfähige und leistungswillige Menschen ist, ein

Land, das sich junge und aufstrebende Familien als neue Heimat auswählen.

Kann die Regierung so ein Saarland schaffen? Wo sind das Wissen und Können im Land: im Bildungsministerium oder in den Schulen und Hochschulen? Wo sind das Wissen und Können: im Wirtschaftsministerium oder in den Unternehmen und Betrieben? Wo sind das Wissen und Können: im Gesundheitsministerium oder in den Krankenhäusern und Arztpraxen?

Die Regierung kann nicht unternehmen, sie muss es auch nicht können. Die Aufgabe der Regierung ist es, Freiräume für die Tätigen zu schaffen, zu unterstützen, wo Hilfe nötig ist. Die Regierung muss wegkommen vom Gehabe des vergangenen Obrigkeitsstaates, der für seine Untertanen gedacht und gehandelt hat. Wie bei der geplanten Gebietsreform - die Regierung weiß schon, was richtig ist -, die Gebietskörperschaften können das jetzt eine Zeit lang in die Tat umsetzen, wenn sie das nicht machen, wird es eben mit Zwang eingeführt.

Es wird immer vom demografischen Wandel gesprochen und wie wir uns auf ihn einstellen sollen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine demografische Katastrophe. Um es einmal ganz einfach zu sagen: In unserem Land kommen nicht genug Kinder zur Welt, um den Fortbestand der Saarländer zu sichern. Anstatt sich nur mit den Folgen dieser Katastrophe zu befassen, sollte man darüber nachdenken, warum zu wenig Kinder geboren werden und was wir machen können und müssen, um das zu ändern. Das ist weitsichtige Politik. Es muss sofort nicht etwas, sondern viel getan werden.

Jetzt komme ich noch zu den Schulden. 14 Milliarden Euro Schulden sind ein ungeheurer Schuldenberg; bei den Zinssätzen, die wir im Augenblick haben, vielleicht nicht so merkbar. Der Bund muss seiner Verpflichtung gerecht werden und das Land ausreichend mit Geld ausstatten. Sofort muss ein Schuldenschnitt von mindestens 5 Milliarden her. In diesem Zusammenhang muss auch einmal gefragt werden, wo die Bundesbehörden im Bundesgebiet sind. Wie viele haben wir? Da wäre zum Beispiel auch ein Bundesbehördenausgleich zu verlangen.

Ich sehe, ich bin mit der Redezeit am Ende, deshalb muss ich es ganz kurz machen. Ich denke, wir persönlich müssen auch einen Beitrag zum Sparen leisten, und ein Beitrag wäre, unnötige Verwaltungsstrukturen abzubauen. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir zum Beispiel die Kreisebene in unserem Lande nicht bräuchten und deshalb da schon einiges einsparen könnten. Es ist schon viel darüber geredet worden, es wird auch noch viel darüber diskutiert werden und dann können wir unsere Ideen einbringen.

(Abg. Dörr (AfD))

Insgesamt möchte ich auch noch einmal sagen, dass wir zu einer konstruktiven Opposition bereit sind und die Regierung in ihren Unternehmungen gerne verfolgen werden. Ich hoffe, dass zumindest die Hälfte von dem, was sie sich vorgenommen hat, auch wirklich nachher eintritt. Am liebsten wäre es uns, es würde alles klappen. - Herzlichen Dank!

(Beifall von der AfD.)

**Präsident Meiser:**

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Pauluhn.

**Abg. Pauluhn (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Vor fünf Jahren bekam eine Große Koalition in diesem Land zum ersten Mal den Wählerauftrag, die Verantwortung für ein eigenständiges und zukunftssicheres Land zu tragen, in unüblicher Weise, nachdem beide Koalitionäre damals bereits im Vorfeld dieser Wahl erklärten, es käme für sie keine andere Option der Regierungsbildung in Betracht. Fünf Jahre lang hat sie unter dem Leitspruch „Chancen nutzen, Zusammenhalt bewahren, Eigenständigkeit sichern, gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland“ gehandelt und die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Punkte umgesetzt, und dies unter den schwierigen Bedingungen der Schuldenbremse, ohne dass unser Land gestern zu leiden hatte, ohne dass es heute zu leiden hat und ohne dass erst recht zukünftige Generationen darunter zu leiden haben. Diese fünf Jahre haben diesem Land gut getan.

Einige Mitglieder und Entscheidungsträger, auch meiner Partei, hatten damals Bedenken. Sie hatten Bedenken nach dem Motto: Der kleinere Partner einer Großen Koalition geht am Ende einer Legislaturperiode immer und automatisch gerupft wie ein Huhn und geschrumpft vom Platz. Dass dies mit Blick auf meine Fraktion nicht eingetreten ist, mag auch etwas mit Stimmungen rund um den Wahltag zu tun haben. Vielleicht wäre meine Partei, die SPD, am 26. März dieses Jahres von einer höheren Wählergunst erreichbar gewesen, wenn in der Breite der Bevölkerung des Landes der wahrnehmbare Wunsch nach einer Fortführung dieser Koalition nicht in dieser Stärke ausgeprägt gewesen wäre.

Ich weiß, dass diese Analyse auch ein Stück Spekulation ist, aber ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Wunsch der Saarländerinnen und Saarländer entscheidend mit dem zu tun hatte, was in den fünf Jahren zuvor hier passiert ist und wie die Arbeit dieser Regierung bewertet wurde. Dass der Blick der Saarländerinnen und Saarländer zumindest in der übergroßen Mehrheit so war, wie er war, lag auch daran, dass noch nicht vergessen war, wie sich Re-

gierungshandeln im Saarland vor der Zeit der Großen Koalition zwischen 2009 und 2012 darstellte. Die Erinnerung war noch da.

Wenn im Allgemeinen Große Koalitionen auch die Stärkung politischer Randgruppierungen oder kleinerer Parteien mit Partikularinteressen hervorrufen, war das im Saarland nun anders. SPD und CDU prägten sich als Stabilitätsanker für dieses Land in den Köpfen der Menschen ein, insbesondere nach den Jamaika-Jahren. Dabei gerieten die übrigen Kräfte der Politik an der Saar eher und maßgeblich in die Rolle von Protestbewegungen: Unmut äußern, es den Großen zeigen, auch mal eins auswaschen. Heute gang und gäbe. Aber den Anspruch auf Zukunftsfähigkeit, auf Gestaltungskraft und Stabilität, das traute man vor allem dieser Regierung zu.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich denke, das muss auch unser Anspruch für die kommenden fünf Jahre sein. Ich will dabei den Blick auf Akteure, auch außerhalb der Regierung, und Regierungshandeln nicht verschließen. Den schwierigen Weg der Konsolidierung auch mit Blick auf den Personalbestand des Landes verantwortungsvoll zu gehen, wäre ohne das Mitwirken und den Diskussionsprozess der Gewerkschaften nicht möglich gewesen. Höchstwahrscheinlich hätte dieser Weg nie so erfolgreich beschrritten werden können ohne einen unserer Kollegen, Eugen Roth, in seiner besonderen Verantwortung für dieses Land insgesamt auf der einen Seite und seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Besonderen auf der anderen Seite.

Wahrscheinlich würde dieses Land heute auch weit weniger günstig dastehen, hätte es nicht geradezu eine Neubesinnung auf seinen Kern, auf alte Werte, die saarländische Industrie, gegeben. Nach Jahren des Industrie-Bashings, insbesondere der sogenannten Old Economy, hatte die wirtschaftspolitische Neujustierung unter Anke Rehlinger mit Beginn vor fünf Jahren die heutige Situation der Zukunftsfähigkeit ermöglicht, und zwar mit einer Fokussierung auf dem, was das Saarland ausmacht: Arbeitsplätze in der Industrie, zweifelsfrei auch im Handwerk und im Mittelstand, mit Produkten vom Focus bis hin zu Teilen für die Ariane. Akteure innerhalb und außerhalb der Regierung haben diesen Weg beeinflusst und somit die Basis für die heutige Ausgangslage, die keine schlechte ist, gelegt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das Saarland ist ein attraktives Land. Ich hoffe, zumindest darin sind sich alle hier in diesem Hause einig. Es ist ein Land, in dem die Menschen gerne leben. Gerade weil wir das kleinste Bundesland sind, das dazu noch im Zentrum Europas mit verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Identitä-

(Abg. Pauluhn (SPD))

ten liegt, müssen wir auch in Zukunft verantwortungsvoll handeln, dabei nicht nur kurzfristige Entscheidungen, sondern auch mittel- und langfristige Konsequenzen in den Blick nehmen. In unserem Bundesland ist die Heimatverbundenheit, die Identifizierung mit der Heimat ausgesprochen hoch. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass diese Heimat erhalten bleibt, dass das Saarland eigenständig bleibt. Vor allem erwarten die Menschen, die hier leben, eine langfristige Perspektive, sei es in Sachen Bildungschancen, im Erwerbsleben, im Ehrenamt oder im Vereinsleben, in der Jugend oder im Alter. In der Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, muss jede, muss jeder die gleichen Chancen auf Teilhabe und Mitbestimmung haben. Auch das muss unser Anspruch bleiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Aus diesem Grund ist die SPD in die Regierungsverantwortung gegangen. Aus diesem Grund gibt es wieder die Große Koalition in diesem Land. Wir wollen und werden unseren Beitrag dazu leisten, dass Probleme in unserem Land gelöst werden, dass das Saarland zukunftssicherer wird und seine Eigenständigkeit erhalten bleibt. Den Koalitionsvertrag für die nächsten fünf Jahre haben wir unter den Leitspruch gestellt: „Für die Zukunft unseres Landes. Solide wirtschaften - mutig gestalten - mehr investieren.“ Wir zeigen damit, dass wir unsere politische Linie des Sanierens bei gleichzeitigem Investieren und Gestalten fortsetzen werden, damit die Menschen im Saarland auch weiterhin ein gutes Leben haben. Wir wollen, dass das Land vorankommt, dass die Versprechen, die wir vor der Wahl gegeben haben, auch umgesetzt werden. Wir wollen aber auch, dass die Schulden, die unser Land bedrücken, endlich abgebaut werden. Dazu müssen Lösungen gefunden werden, damit die Schulden auch wirklich abgebaut werden können. Ich finde, der Weg zur Haushaltskonsolidierung, zu zeigen, wozu dieses kleine Land fähig ist, war der Grundstein für weitere Verhandlungen um die Zukunft dieses Landes mit Blick auf die Schulden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Da liegt zugegebenermaßen noch ein hartes Stück Arbeit vor uns. Wir müssen uns daranmachen. Wir besprechen nicht alles, was wünschenswert ist, sondern nur das, was sinnvoll und machbar ist. Ich füge hinzu: Wir wollen von dem, was wir versprechen, auch alles umsetzen. Der Koalitionsvertrag trägt daher auch in Kernen sozialdemokratische wie christdemokratische Handschrift. Er ist ein Kompromiss.

Bereits in der letzten Legislaturperiode ist es der Landesregierung gelungen, die Nettokreditaufnahme im Zeitraum 2012 bis 2017 um 78 Prozent zu reduzieren. In der neuen Legislaturperiode nutzen wir die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

und starten ein Jahrzehnt der Investitionen; darauf wurde bereits hingewiesen. Wir investieren vor allem in Bildung, Infrastruktur und Verkehr. Aber an allererster Stelle investieren wir bei allen diesen Themen doch in eines: in die Köpfe der Menschen, in die Köpfe der Saarländerinnen und Saarländer. Und das ist Zukunftsinvestition im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Arbeit schaffen. Das Saarland ist geprägt von seiner Industrie. Die Industrieunternehmen in unserem Land sind der Motor unserer Wirtschaft und weltweit bekannt für die hohe Qualität ihrer Produkte. Damit das im internationalen Vergleich auch so bleiben kann, setzen wir uns für die Arbeitsplätze in den Industrieunternehmen ein, und das gerade vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Stahlbranche.

SPD und CDU konnten sich darauf einigen, dass der Stellenabbau auch im öffentlichen Dienst nun verringert werden kann und bei der Polizei gar gestoppt wird. Der saarländische Mindestlohn findet schon lange Anwendung. Seit 2013 haben wir im Saarland eines der wirksamsten Tariftreuegesetze, mit dem wir Lohndrückerei und Wettbewerbsverzerrungen den Kampf angesagt haben. Ganz wichtig: Dabei werden durch dieses Gesetz die Guten belohnt und die Bösen bestraft. Unternehmen, die von der Vergabe ausgeschlossen wurden, werden in einem Register geführt. Das erleichtert es, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die gesetzestreuen Unternehmen erst den Zuschlag bekommen. Wir ziehen Schranken für den ungebremsten Wettbewerbskannibalismus ein, der immer und zu allererst zu Lasten der Beschäftigten geht. Das war vor fünf Jahren ein Anspruch dieser Koalition und das bleibt er auch in dieser Legislatur.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zu ASaar ist schon einiges gesagt worden. Ich will noch einmal einen Punkt nennen. 15 Millionen neu in das Programm zu geben ist mit Blick auf die geringen Haushaltsspielräume, die dieses Land nach wie vor hat, ein riesiges Pfund. Dass das noch einmal zustande gekommen ist, ist auch den Verhandlungen der beiden Koalitionäre zu verdanken. Es kommt Langzeitarbeitslosen zugute, die dann wieder eine Perspektive auf Beschäftigung haben, eine Perspektive auf selbstbestimmtes Leben, eine Perspektive, in diesem Land Zukunft zu gestalten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Der Begriff Gute Arbeit kreuzt im Alltag häufig unseren Weg und er findet sich auch im Papier des Koalitionsvertrages. Das bedeutet aber nicht, dass wir damit bereits unser Ziel erreicht hätten. Gute Arbeit ist viel mehr als nur eine Floskel, sie ist für die SPD

(Abg. Pauluhn (SPD))

ein Leitbild in unserer Arbeitswelt. Menschliche Arbeitsbedingungen in unserer schnelllebigen Welt, Jobs, die nicht zur Belastung werden, und ein guter Ausgleich zwischen Freizeit und Beruf, das ist es, was uns dabei auch am Herzen liegt. Im Koalitionsvertrag haben wir daher den Blick auf Arbeit in einer zentralen Säule der Gesellschaft festgeschrieben, in der Pflege. Dieser Berufszweig hat einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft. Alleine schon darum dürfen die Beschäftigten bei der Betrachtung von Guter Arbeit nicht im Regen stehen bleiben. Wir müssen gemeinsam diesen Wert der Arbeit in der Pflege, in einem Bereich höchst sensibler und belastender Arbeit mit Menschen für Menschen wieder erlernbar und gerade für die Beschäftigten wieder erfahrbar, wieder spürbar machen. Ich halte das für eine zentrale Aufgabe von Politik, auch der im Saarland.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber auch in anderen Bereichen sollen neue Perspektiven neue Horizonte öffnen. Gerade um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung zu stärken, wollen wir neue Anreize schaffen. Das tun wir mit dem Meisterbonus. Auch dies ist etwas Neues im Land, das einen Impuls gibt für Menschen, die aus dem Handwerk kommen und sich weiterbilden wollen, aber auch einen Impuls für das Handwerk insgesamt, ein, wie ich finde, herausragender Punkt in diesem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

„Wir schaffen Sicherheit“ - in diesen Tagen ein immer wieder zitierter Satz. Deshalb muss sich Politik auch über die Grenzen dieses Landes hinaus, in Deutschland, in Europa insgesamt, permanent Gedanken machen, wie wir unseren Sicherheitsapparat - die Behörden, die Polizei - weiterentwickeln, ohne dabei das Gleichgewicht von persönlicher Einschränkung für das Individuum und den Sicherheitsaspekt für unsere Gesellschaft ganz aus dem Auge zu verlieren.

Aber ich glaube, in einem Punkt ist dieses Haus sich einig: Der Personalabbau bei der Polizei muss gestoppt werden. Das können wir nun tun mit dem Haushalt 2018, wenn auch erst mit Wirksamkeit im Jahre 2021, weil junge Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte drei Jahre ausgebildet werden müssen; man kann nicht wie in anderen Bereichen auf dem Markt draußen einkaufen. Aber mit der Entscheidung heute, im nächsten Haushalt so viele einzustellen, wie dann 2021 in den Ruhestand gehen werden oder vielleicht auch das Instrument der Elternzeit verstärkt nutzen werden - wodurch sich die Situation verschärfen wird, weil sie halt nicht da sind -, geben wir das Signal: Schluss mit dem Personalabbau bei der Polizei. Wir stehen zur Polizei-präsenz in der Fläche. Wir wollen in jeder saarländi-

schen Kommune einen Polizeistandort erhalten. - Und dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit echten Polizistinnen und Polizisten, mit echter Polizei.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir schaffen Bildungschancen. Der Weg in die Beitragsfreiheit bei Krippen und Kitas ist geebnet, der Anfang wird gemacht. Ein erster wichtiger Schritt zur Schaffung gleicher Bildungschancen und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Einstieg in die Beitragsfreiheit bei den Krippen und Kitas. Bis zum Jahr 2021 werden wir dazu die Elternbeiträge um rund 25 Prozent, also um ein Viertel, reduzieren. Wir haben dann den Einstieg in die Beitragsfreiheit geschafft. Das war das Versprechen. Wir hoffen nun auch auf die Bundespolitik, dass in absehbarer Zeit, nach der Bundestagswahl, noch ein weiterer Schritt hinzukommen kann. Der wird dann nicht mit dem saarländischen Programm „verrechnet“, sondern der käme dazu. Wir stehen zu unserem Verbrechen - - Entschuldigung, zu unserem Versprechen.

(Sprechen und vereinzelt Heiterkeit.)

Der Anfang ist gemacht, Eltern werden zukünftig von hohen Elternbeiträgen für Kitas und Krippen spürbar entlastet.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Zurufe und Heiterkeit.)

Ja, das war ein Freudscher Versprecher. - Es wird auch in Zukunft die Förderung des Ausbaus der Krippen- und Kitaplätze geben. Wir haben in der letzten Legislatur schon vieles erreicht, in vier Jahren schon tausend zusätzliche Plätze. Das war eine enorme Kraftanstrengung, aber damit darf nicht Schluss sein. Es gibt weitere Anforderungen, auch weil mehr Kinder da sind, Gott sei Dank, aber nicht nur deshalb. Eine gute Betreuungslandschaft macht unser Bundesland für junge Familien attraktiver. Qualitativ hochwertige Betreuungsangebote sind hierfür Voraussetzung. Wir schaffen sie weiter, denn sie bedeuten Sicherheit für junge Familien und sie sind ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit für Kinder. Ich glaube, in diesen Bereich kann man nicht genug investieren.

Meine Damen und Herren, unsere Schullandschaft bleibt klar gegliedert. Wir stehen zum zweigliedrigen Schulsystem. Es steht auch im Koalitionsvertrag, dass wir uns die Rahmenbedingungen von G8 noch einmal genau ansehen und sie noch einmal genau untersuchen werden, weil bei einer übergroßen Zahl von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern die Webfehler bei der Einführung von G8 immer noch nicht überwunden sind. Das ist nach wie vor ein Thema. Deshalb wollen wir uns dem auch stellen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten fünf

**(Abg. Pauluhn (SPD))**

Jahren schon viel umgesetzt, wir haben aber noch viel mehr vor, damit unser Land zukunftsfähig und eigenständig bleibt. Genau wie in einem kleinen Ökosystem breiten sich Veränderungen auch in einem kleinen Bundesland besonders intensiv aus. Wir wollen schmerzhaft Brüche vermeiden. Wir müssen unser Bundesland durch das Vorantreiben im investiven Bereich gerade bei der Bildung und der Infrastruktur ständig fit machen für die Zukunft. Mit unserer besonderen Lage in Europa können wir eine Vorreiterrolle bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einnehmen. Das ist eine Chance, die nicht viele haben und die wir nicht aus dem Auge lassen dürfen. Wir haben auch wegen der Offenheit unserer Gesellschaft gute Voraussetzungen dafür, wir müssen es nur anpacken. Die Saarländerinnen und Saarländer haben eine wirkliche Perspektive auf Europa. Den Blick auf ein geeintes Europa, diese Chance müssen wir hier nutzen.

Der Koalitionsvertrag ist eine solide Basis, auf der wir die Zukunft unseres Bundeslandes aufbauen. Er ist kein Selbstzweck, sondern Auftrag und Zielbeschreibung. Mit ihm haben wir nun für die nächsten fünf Jahre Zeichen und Ziele gesetzt. Wir wollen diese Ziele weiter mutig angehen und wir wollen das Land weiter gestalten. Das ist der Auftrag der Regierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Saarländerinnen und Saarländer leben gerne in diesem Bundesland und unser Gestaltungsspielraum trägt dazu bei, dass das auch in Zukunft so bleibt. In diesem Sinne: Glück auf und herzlichen Dank!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Und Siri noch einmal Danke für den Hinweis auf die abgelaufene Zeit.

**Präsident Meiser:**

Der Präsident entscheidet unabhängig von Systemen. - Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Anke Rehlinger.

**Ministerin Rehlinger:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Lassen Sie mich zunächst einmal den Versuch unternehmen, noch einmal einzuordnen, was uns in den nächsten fünf Jahren erwartet. Was ist die Idee neben vielen Einzelprojekten, die Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben und die für die jeweils Betroffenen von großer Bedeutung sind? Dazu müssen wir noch einmal den Blick dafür schärfen, was eigentlich in den letzten fünf Jahren unsere Aufgabenstellung war und was sich daraus für die vor uns liegenden fünf Jahren ergibt.

Nach meiner Lesart war die Aufgabenstellung der letzten fünf Jahre - mit Blick auf den erreichten Kom-

promiss -, dafür zu sorgen, dass man uns genau diese Chance gibt, die wir brauchen, um in den kommenden fünf Jahren die Rahmenbedingungen für die Menschen in diesem Land so auszugestalten, dass alle, die hier leben wollen, auch sagen können: Hier will ich gerne sein, das ist der Ort, der für mich Heimat ist, hier will ich hin. Das ist die Aufgabe, die wir in den nächsten fünf Jahren haben. Dafür haben wir die letzten fünf Jahre gearbeitet und ich finde, wir sollten diese Aufgabe annehmen. Sie ist noch nicht erledigt, aber wir haben die Chance, sie vernünftig zu erledigen. Das ist der Auftrag, den wir uns alle miteinander geben sollten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, wir leben heute in der Zukunft von gestern - auch das als Brücke -, also von dem, was in den letzten fünf Jahren gewesen ist, und von dem, was in den nächsten fünf Jahren sein wird. Wir haben diesem Koalitionsvertrag eine Überschrift gegeben, die da lautet: Für die Zukunft unseres Landes solide wirtschaften, mutig gestalten, mehr investieren. Es ist eben angeklungen, dass uns mutiges Gestalten anscheinend nicht von jedem gleichermaßen zugetraut wird. Ich will an dieser Stelle einmal feststellen: Einfach über etwas zu reden, was heute nicht da ist, was man sich aber vielleicht gewünscht hätte, ist nicht die größte Form von Mut, sondern Mut bedeutet, das anzunehmen, was man hat. Mut bedeutet, mit dem zu arbeiten, was man vorgefunden hat, und mutig ist es, sich der Realität zu stellen. Ich hätte auch genug Zeit gehabt, ein weiteres Zitat dieses offensichtlich wichtigen griechischen Philosophen hinzuzufügen, ich will mich aber auf etwas anderes beschränken, auch wenn es vielleicht nicht ganz so hochtrabend ist. Peer Steinbrück hat einmal gesagt: Hätte, hätte, Fahrradkette. Ich finde, meine Damen und Herren, wir sollten uns nicht um „Hätte, hätte, Fahrradkette“ kümmern, sondern um das, was ist. Das ist unser Auftrag, das ist die Aufgabe, die diese Landesregierung mit den sie tragenden Fraktionen in den nächsten fünf Jahren erledigen wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will auch betonen, dass es unser ausdrücklicher Anspruch als Landesregierung ist, das für alle Saarländerinnen und Saarländer zu tun. Man könnte vielleicht der Versuchung erliegen - bei dieser großen Zustimmung für die Große Koalition, die vor der Wahl in Umfragen ja zum Ausdruck gebracht worden ist -, einfach zu sagen: Es ist ja alles in Ordnung, zumindest für den ganz überwiegenden Teil der Saarländerinnen und Saarländer, und um die anderen kümmern wir uns auch noch irgendwie, aber erst einmal kümmern wir uns um das, was in Ordnung ist, und loben uns kräftig dafür und freuen uns jeden Tag aufs Neue. - Ich glaube, damit würden wir dem Wählerauftrag am wenigsten gerecht.

**(Ministerin Rehlinger)**

Denn sicher geht es darum, das zu tun, was notwendig ist, damit es allen, denen es heute gut geht, auch in Zukunft gut gehen wird. Aber vornehme Aufgabe ist es natürlich auch, an die zu denken, denen es heute nicht gut geht oder die Angst haben, dass es ihnen morgen nicht mehr gut gehen könnte, und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das entweder nicht eintritt oder sich ihre Situation zum Guten hin verbessert.

Es geht also darum, nicht nur da zu sein für diejenigen, die uns schon gut fanden und die uns gewählt haben. Ehrlich gesagt geht es vor allem darum, auch für die da zu sein, die uns nicht gewählt haben. Die sind nämlich offensichtlich mit etwas nicht zufrieden in ihrem Leben. Ich finde, da müssen wir Abhilfe schaffen. Das geht natürlich am besten, indem wir in erster Linie dafür sorgen, dass die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland und im Saarland stabil bleibt. Ich will mich nicht auf Nachkommastellen einlassen, aber wir müssen schon feststellen, dass es vielen auch in diesem Land sehr gut geht. Politik kann aber immer nur zum Erfolg führen, wenn sie mit dem notwendigen Maß an sozialer Gerechtigkeit und sozialer Teilhabe einhergeht, und das nicht nur für die meisten, sondern am besten für alle. Und da sollten wir uns nicht nur von den guten Meldungen zufriedenstellen lassen, die uns Mut machen und die uns bestärken in diesem Weg, sondern sie sollten Ansporn sein für mehr. Wir sollten nicht nur die guten Geschichten in diesem Land erzählen. Ja, die sollen wir auch erzählen, denn sonst erzählen wir von einem Land, das ein Bild abgibt, in dem die meisten gar nicht leben. Aber wir dürfen eben auch die anderen Anteile nicht ausblenden.

Gerade in Zeiten, in denen völlig zu Recht noch einmal darauf hingewiesen worden ist, dass wir eine - für einige überraschenderweise lange - anhaltende Phase der wirtschaftlichen Entwicklung haben, mit entsprechend positiven Arbeitsmarkteffekten und einer sich verschärfenden Situation mit Blick auf Fachkräfte in diesem Land, ist es ein besonders eklatantes Beispiel, dass wir es trotzdem mit einer Gruppe von Menschen zu tun haben, die davon null Komma null profitieren. Das ist die Gruppe der Langzeitarbeitslosen.

Ich fange ganz bewusst einmal damit an, weil das für mich eines der deutlichsten Beispiele dafür ist, dass man sich nicht zu früh mit etwas zufrieden geben darf, sondern dass man sich auch weiterhin kümmern muss. Das haben wir allerdings schon in der letzten Legislaturperiode getan. Wir konnten damals viele Entwicklungen noch gar nicht voraussehen, die dann eingetroffen sind, aber wir konnten ehrlich gesagt heilfroh sein, dass der letzte Koalitionsvertrag an der Stelle genauso geschrieben war, wie er geschrieben worden ist mit Blick auf das Programm ASaar, den Wegfall der Bürgerarbeit. Ich will

mir gar nicht vorstellen, was es für dieses Land und für viele Menschen in diesem Land bedeutet hätte, wenn wir nicht kompensierend über ASaar und damit über 15 Millionen Euro in den letzten fünf Jahren hätten verfügen können. Das war eines der ganz wichtigen und zentralen Projekte des letzten Koalitionsvertrages. Jetzt könnte man bei dieser schnelllebigen Politik sagen, die Schlagzeile war aufgebraucht und jetzt schauen wir mal, was wir sonst damit machen. Nein, das war nicht das Ansinnen der Koalitionäre, vielmehr hat man gesagt, es war wichtig - und es wird in Zukunft genauso wichtig sein -, dass wir diese 15 Millionen Euro, die damals als Riesenerfolg völlig zu Recht auch der Summe nach gefeiert wurden, fortgeschrieben haben. Diese Mittel sind nicht einfach unter den Tisch gefallen. Wir haben nicht gesagt: Okay, das bringt keine neue Schlagzeile, machen wir lieber etwas anderes mit dem Geld. Wir haben vielmehr festgehalten: Diese Gruppe gibt es nach wie vor, das hat sich teilweise sogar verfestigt.

Deshalb haben wir auch nicht nur entschieden, das nur irgendwie fortzuschreiben. Damit würden wir ja sagen, wir geben das einfach weiterhin aus - und schaffen es trotzdem nicht, die Gruppe zu verkleinern. Das wäre nun wirklich ein falscher inhaltlicher Anspruch. Wir haben vielmehr gesagt, dass wir eine zusätzliche inhaltliche Komponente einbringen wollen, damit das künftig noch besser funktioniert. Wir wollen nämlich mit dem Job-Coaching künftig noch viel stärker darauf hinwirken, dass am Ende des Tages auch wirklich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen werden kann.

Dabei blenden wir aber niemals aus, dass dies für einige nicht die persönlich wirklich gute Lösung ist, dass wir daneben vielmehr auch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor brauchen. Dafür werden wir auch weiterhin kämpfen. Gerade auch angesichts der anstehenden Bundestagswahl und der sich daraus ergebenden Koalitionsverhandlungen kann man schon jetzt sagen, dass wir ganz laut „hier“ rufen werden, wenn es darum gehen wird, mit unserem Passiv-Aktiv-Modell Modellregion für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu werden. Ich werde nicht müde, dafür zu werben, dass man uns das in Berlin endlich einmal ermöglicht. Ich glaube, das ist ein gutes Signal dafür, dass wir das tun, was vielen in diesem Land hilft, ein Signal, dass wir sie angesichts der guten Statistik nicht vergessen haben, sondern jeden einzelnen im Blick haben. Auch das ist eine Aufgabe einer Landesregierung, und dieser Aufgabe wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerecht werden.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ja, ich meine, man kann zutreffend sagen: Wir müssen den Mut haben, der Realität ins Auge zu blicken. - Diesen Mut haben wir auch. Leider gehört

(Ministerin Rehlinger)

zur Realität in diesem Land, dass es - noch einmal gesagt - nicht allen gleich gut geht. Das Thema Altersarmut ist ein wichtiges Thema, das Thema Armut ist wichtig - und das sind auch wichtige Themen in diesem Koalitionsvertrag. Deshalb steht in diesem Vertrag auch das, was zur Armut drinsteht.

Jeder sechste Saarländer ist mittlerweile von Armut bedroht. Ich führe diesbezüglich keine Statistikdebatten, ob es nun jeder sechste oder jeder fünfte Saarländer ist, je nachdem, was man wie definiert und wen man hinein- und wen man rausrechnet. Fakt ist: Es ist eine Vielzahl von Menschen von Armut bedroht. Deshalb ist es richtig, über das hinausgehend, was in den zurückliegenden fünf Jahren gemacht worden ist, nicht nur einen Bericht zu schreiben über die bestehende Situation, die wir alle übereinstimmend als nicht zufriedenstellend erachten, sondern zu sagen: Wir brauchen nicht nur das Berichtswesen, sondern auch etwas, was in dieser Situation Abhilfe schafft. Ich bin daher froh, dass es uns gelungen ist, das Thema „Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut“ in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, mit konkreten Maßnahmen und konkreten Verantwortlichen. Damit zeigen wir, dass wir das Elend nicht dokumentieren, sondern es beheben wollen. Das ist die Aufgabe der Politik, und diese Aufgabe haben wir uns in unseren Koalitionsvertrag hineingeschrieben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich sage das auch mit Blick auf ein Themenfeld, das von vielen hinsichtlich dieser Fragestellung als sehr symbolträchtig angesehen wird: Lohnt sich denn meine Anstrengung überhaupt? Lohnt sich meine Leistung? Kann ich denn zumindest erwarten, dass ich, wenn ich mich mein ganzes Leben lang angestrengt habe, am Ende meines Arbeitslebens, wenn ich in Rente gehe, auch von dem leben kann, was ich mir über viele, viele Jahre hinweg erarbeitet habe?

Das ist nun also das Stichwort Rente - kein originär landespolitisches Thema, gleichwohl ein Thema, das alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land in irgendeiner Art und Weise bewegt. Ich bin froh, dass es uns, der Landesregierung, gelungen ist, von den Parteien den Arbeitsauftrag zu erhalten, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die den Inhalt und zum Ziel hat, das Rentensystem so zu überarbeiten, dass am Ende eine gerechte Rente steht. Natürlich muss das finanzierbar sein. Natürlich muss das bezahlbar sein, aber vor allem muss es eine Rente sein, die den Lebensstandard der Menschen sichert. Die Rente darf nicht länger Armutsrisiko sein, sondern muss begriffen werden als Dokumentation der Lebensleistung. Diese saarländische Landesregierung wird eine solche Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Auch das ist, wie ich finde,

ein großer Erfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will auf einen weiteren Punkt hinweisen, auch dies ein wesentlicher Punkt schon im Kontext der letzten Koalitionsverhandlungen: das saarländische Tariftreugesetz. Das ist schon immer ein sperriger Begriff gewesen, meint aber letztlich nichts anderes als die Einführung eines „saarländischen Mindestlohns“. Immer, wenn die öffentliche Hand Aufträge vergibt, muss das Unternehmen, das den Auftrag haben will, den Nachweis erbringen, dass es einen Mindestlohn bezahlt. Das haben wir hier im Land in der Großen Koalition erreicht, noch bevor der Mindestlohn auf der Bundesebene eingeführt worden ist. Mittlerweile gilt der Mindestlohn ja glücklicherweise für alle Beschäftigten in diesem Land; vier Millionen Menschen in Deutschland haben vom Mindestlohn letztlich profitiert.

Ein kleiner, wenngleich nicht unwesentlicher Kritikpunkt von Verdi seinerzeit war - ich habe mir die Pressemitteilung noch mal raussuchen lassen -, dass beim Tariftreugesetz nicht festgeschrieben worden ist, dass es sich, wenn man sich auf einen Tarifvertrag bezieht, auch wirklich um den repräsentativen Tarifvertrag handeln muss. Auch das ist ein Punkt, bei dem wir gesagt haben: Lasst uns doch jetzt in der neuen Großen Koalition diesbezüglich nacharbeiten. - Das ist uns gelungen. Ich halte das für ein gutes Signal dafür, dass wir an Projekten weiterarbeiten, dass wir sie fortentwickeln. Der repräsentative Tarifvertrag soll nun also zur Bedingung gemacht werden, und damit soll deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass Lohndumping bei uns im Saarland keinen Platz hat. Das haben wir festgeschrieben, das wird diese Landesregierung umsetzen. Auch das ist ein gutes Signal für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will ein weiteres Beispiel geben, mit Blick auf diejenigen, die nun vielleicht sagen: Das ist ja alles schön und gut, was ihr hier beschreibt, für mich ist das aber nicht so ideal. - Das ist nämlich die Lebenssituation vieler Frauen in diesem Land. Ihnen stellt sich die Frage: Komme ich mit dem aus, was ich mir erarbeite? Bekomme ich überhaupt einen Arbeitsplatz? Das ist auch abhängig von der Lebenssituation, und ich nenne hierzu einmal als Stichwort die Alleinerziehenden, die es oftmals nicht einfach haben.

Und dann gibt es auch noch die besondere Ungerechtigkeit, dass man, selbst wenn man einen Arbeitsplatz bekommen hat, oft weniger verdient als der Kollege, der nebenan im Grunde genau die gleiche Arbeit verrichtet. Das ist, wie ich finde, eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, ein Sachverhalt, bei

(Ministerin Rehlinger)

dem es dringend einer Änderung bedarf. Ich hoffe, dass vor allem auch auf der Bundesebene die Kraft dafür vorhanden sein wird, das gesetzlich zu regeln. Ich will mich an dieser Stelle aber nicht zurücklehnen und bin daher sehr froh, dass es uns gelungen ist, zumindest in dem Bereich, in dem wir das selbst beeinflussen können, einen entsprechenden Akzent zu setzen: Der Entgelt-Check stellt sicher, dass das in der öffentlichen Verwaltung überprüft werden kann. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal.

Das erscheint mir im Übrigen zudem als ein gutes und kluges Gebaren von Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung, denn auch wir stehen im Wettbewerb um die klügsten Köpfe in diesem Land. Und wenn wir den Frauen in diesem Land diese Haltung so signalisieren können, so ist die Regelung nicht nur notwendig unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, sondern aus Arbeitgebersicht auch klug. Deshalb halte ich den beschrittenen Weg für den richtigen, und ich bin froh, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir dieses Signal senden können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Natürlich geht es immer auch darum, möglichst viel von dem, was wir letztlich zu bekämpfen oder zu reparieren versuchen müssen, gar nicht erst entstehen zu lassen. Dabei ist das Thema Bildung ein Schlüsselthema, steht sozusagen am Anfang einer Entwicklungskette. Damit geht auch immer die Frage der Bildungsgerechtigkeit einher: Wer hat welche Chancen? Wer hat welchen Zugang zur Bildung? Auch das ist eine zentrale Frage, die handlungsleitend für die Politik ist.

Wir wissen, dass gerade mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Thema der Gebühren, der Kosten, der Abgaben einen besonders sensiblen Punkt berührt. Darauf geben wir, wie ich finde, als Beitrag dazu, dass Bildung von Anfang an für alle bezahlbar sein muss, die richtige Antwort, indem wir es geschafft haben vorzusehen, dass diese Landesregierung den Einstieg in die schrittweise Beitragsfreiheit bei den Kita- und Krippengebühren auf den Weg bringen wird. Ja, das kostet das Land viel Geld! Aber ich halte das für verdammt gut investiertes Geld - dies übrigens auch angesichts der Konkurrenz zu benachbarten Bundesländern, die schon entsprechend verfahren. Ich halte das für gut investiertes Geld mit Blick darauf, dass wir die Frauen in der Arbeitswelt brauchen. Und es ist gut investiertes Geld, weil niemand damit finanziell überfordert sein soll. Angesichts all dessen ist das gut angelegte Geld, und ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, dies vorzusehen. Das ist ein gutes Signal an die Adresse der Familien in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Betreuung endet aber ja nicht, wenn die Kinder die Kita nicht mehr besuchen; dann geht es erst richtig los. Dafür, für das Thema des Ausbaus der schulischen Ganztagsangebote, haben wir eine Lösung gefunden - zugegebenermaßen einen Kompromiss, aber einen, wie ich meine, guten Kompromiss. Nun ist es kein großes Geheimnis, dass es hinsichtlich der Frage der Betreuung am Nachmittag - Ganztagsbetreuung oder freiwillige Ganztagsbetreuung - bei den beiden Koalitionsparteien unterschiedliche Prioritäten gibt. Wichtig ist, so finde ich, dass man ein gleichwertiges Auswahlangebot für die Eltern schafft, mit dem Freiwillig-Modell ebenso wie mit dem Ganztagsmodell. Deshalb wird es bei beiden Modellen gleichermaßen Verbesserungen und Ausbaumöglichkeiten geben. Auch das, finde ich, ist nichts, was man als „pure Ideologie“ in der einen wie in der anderen Richtung bezeichnen kann, sondern ein vernünftiges Vorgehen, das insgesamt den Kindern in diesem Land, aber auch ihren Eltern, hilft, indem wir beides verbessern, bei der Nachmittagsbetreuung die Qualität und bei den Ganztagschulen das Angebot. Das ist ein wichtiges Signal an die Eltern in diesem Land. Auch das finde ich klug, in einer Großen Koalition an der Stelle sinnvolle Kompromisse zu finden

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dass Bildung ein Schwerpunkt sein soll, ist eben gesagt worden. Das gilt sowohl für die Hochschulen als auch für die übrigen Bildungsinstitutionen. Wir reagieren auf Bedarfe: 200 Lehrerstellen werden jetzt zusätzlich zur Verfügung gestellt, um den aktuellen Entwicklungen an den Schulen Rechnung zu tragen. Es gibt ein paar Sätze, die vermeintlich lapidar daherkommen, die aber deutlich machen, dass Bildung tatsächlich ein Schwerpunkt dieser Landesregierung ist. Ein Satz, der da lautet, dass die Ausgaben pro Schüler im bundesweiten Vergleich ansteigen sollen, macht doch deutlich, dass wir nicht unambitioniert sind, dass wir nicht das, was wir haben, nur verwalten wollen, sondern dass wir besser werden wollen. Das wird auch an Zahlenwerken messbar sein, auch das steht in diesem Koalitionsvertrag. Dass der Anteil der Bildungsausgaben im Haushalt prozentual stärker steigen wird als die übrigen Ausgaben, macht auch deutlich, dass Bildung ganz eindeutig ein wirklicher Schwerpunkt dieser Landesregierung sein wird!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mitbestimmung, das ist eben angesprochen worden, ist notwendig, wenn wir tatsächlich die Digitalisierung in den Betrieben für die Beschäftigten verträglich gestalten wollen, auch mit Blick darauf, welche technologischen Entwicklungen uns noch erwarten. Ich glaube, dass wir uns gerade bei der Automobilindustrie eine gewisse Technologie-Offenheit bewahren müssen. Die Frage, was die Antriebstechnologie

**(Ministerin Rehlinger)**

der Zukunft sein wird, scheint für viele in absoluter Betrachtung schon entschieden zu sein. Ich würde das erstmal nicht so sehen. Es wird neben der Elektromobilität auch andere Formen geben; man wird auch kucken müssen, wo man eine Nische findet, wie man Anschluss an bestimmte Entwicklungen halten kann und bei welchen Entwicklungen man an der Spitze der Bewegung stehen will - Stichwort autonomes Fahren. Auch hier braucht es Mut zum Blick in die Realität.

Ich sage eindeutig, dass es auch angesichts der Bedeutung der Automobilindustrie für dieses Land eine Zukunftsfrage sein wird, wie wir uns da miteinander aufstellen. Das betrifft nicht nur diese Landesregierung und dieses Parlament, sondern auch die Unternehmen, die oft nun mal leider nicht ihren Sitz hier bei uns im Saarland haben.

Wichtig ist auch das Zusammenspiel mit unseren Hochschulen und den Gewerkschaften. Ich glaube, vor dieser Herausforderung stehen zunächst einmal alle hier in Deutschland. Aber das Saarland ist ein Land, das in besonderem Maße die Fertigkeiten und Fähigkeiten mitbringt, diese Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Wir reden miteinander, wir stimmen uns ab, wir haben das Potenzial und wir wissen, wie Strukturwandel funktioniert. Das wird uns auch an dieser Stelle gelingen, wenn wir diese Aufgabe für uns persönlich annehmen. Das wird eine Aufgabe sein, die in den nächsten fünf Jahren viel Zeit in Anspruch nehmen wird, aber diese Mühe wird sich lohnen, denn viele, viele Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes hängen davon ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will noch einen letzten Satz zum Thema Investitionen sagen, darüber ist eben viel gesagt worden. Ich will nur dem Versuch begegnen, zu erzählen, dass in diesem Land erst ab dem Jahr 2020 irgendetwas investiert wird. Das ist mitnichten der Fall! Wir investieren ja jetzt auch, wir haben es in den letzten fünf Jahren schon getan, wenn auch nicht immer in dem Maße, wie wir es wollten. Aber es braucht auch Vorbereitungen, um das Geld, das ab 2020 mehr zur Verfügung steht, ausgeben zu können. Deshalb ist es sinnvoll, an der Stelle zu sagen, lasst uns das Personal entlang von Genehmigungs- und Planungsketten verstärken, damit 2020 das „Mehr-Geld“ im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße, auf den Campus, auf die Brücke oder wohin auch immer gebracht werden kann. Wir investieren damit in all die Bereiche, in denen wir in den letzten Jahren vielleicht nicht so viel investiert haben, wie wir uns das alle miteinander gewünscht hätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der deutsche Schriftsteller Christoph August Tiedge hat gesagt: „Die Zukunft ist ein Kind der Gegenwart.“ Ich sage Ihnen: Wir wollen allen Kindern der Gegenwart - egal wie sie heißen mögen - eine gute Zukunft geben, und zwar ganz konkret. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Meiser:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache - Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche einen guten Appetit.